Wortprotokoll zu TOP 1, 10 und 11

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

5. Sitzung

15. März 2017

Beginn: 12.02 Uhr

Schluss: 17.13 Uhr

Vorsitz: Frédéric Verrycken (SPD)

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Wir kommen zu

Punkt 1 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

**Ablauf und Konsequenzen aus dem Wechsel in der
Bauleitung am BER – wie und wann wurden das
Land Berlin und die übrigen Gesellschafter
einbezogen?**

(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0267](#)

Haupt

Die antragstellende Fraktion hat um die Anwesenheit des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Herrn Michael Müller, sowie des amtierenden Vorsitzenden bzw. Sprechers der Geschäftsführung der Flughafengesellschaft Berlin Brandenburg GmbH gebeten. Ich begrüße an der Stelle ganz herzlich für die Flughafengesellschaft in neuer Funktion Herrn Lütke Daldrup als Vorsitzenden der Geschäftsführung der FBB und zugleich Herrn Björn Böhning als Staatssekretär in Vertretung für den Regierenden Bürgermeister, der sich derzeit, glaube ich, in Moskau aufhält. – Schön, dass Sie da sind!

Gibt es Diskussionsbedarf Ihrerseits? – [Heiterkeit] – Es hätte mich auch gewundert, wenn das nicht der Fall gewesen wäre. Wir haben das Thema übrigens am 29. März noch mal auf der Tagesordnung, das als kleiner Hinweis. Aber Herr Melzer hat jetzt erst mal das Wort.

Heiko Melzer (CDU): Herr Vorsitzender! Nur weil der Regierende Bürgermeister nicht da ist und nur weil wir ursprünglich vor mehreren Wochen beantragt haben, Herrn Mühlenfeld hier zu hören, der wiederum aus anderen Gründen nicht da ist, hat sich das Thema ja leider nicht

erledigt. Insofern: Uns ist es schon wichtig, darüber zu sprechen, dann eben aktuell mit Herrn Lütke Daldrup und in Vertretung mit Herrn Böhning, weil es rund um den BER und die parlamentarische Aufarbeitung immer mal wieder Terminthemen gibt. Ich erinnere daran, dass im Senat die letzte Verschiebung zum BER schon am 12. Januar bekannt war, aber weder dem Hauptausschuss noch dem Plenum zur Kenntnis gegeben wurde und dann erst sukzessive das Licht der Öffentlichkeit erblickt hat. Insofern haben wir uns zu einem früheren Zeitpunkt auch hier die Frage gestellt, wann und wie der Senat informiert war, wer im Senat informiert war, wer im Aufsichtsrat und welche Senatsvertreter im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung informiert waren, als Herr Mühlenfeld geplant hat, den Bauleiter des BER freizustellen. Dazu kursieren ja unterschiedliche Informationen. Herr Müller hat seine Version, der damalige Flughafenchef eine andere. Ich gehe davon aus, Herr Lütke Daldrup, dass Sie im Zweifelsfall eine dritte haben oder sich einer anschließen. Darauf sind wir gespannt.

Unabhängig von dieser Frage, die ja ein Stück weit durch die Zeit überholt wurde, ergibt sich eine Reihe weiterer Fragen zum weiteren Bauablauf am BER. Wir hätten im Übrigen diese Fragen gern schon vor zwei Wochen im Hauptausschuss besprochen. Damals hat die Koalition um Vertagung gebeten mit dem Argument, der Regierende Bürgermeister könnte zu diesem Termin nicht. Kunststück – da hat er sich gerade auf die Sonderaufsichtsratsitzung vorbereitet und wollte dem Parlament im Vorfeld dazu nichts sagen. Nun wurde dieser Termin in Aussicht gestellt mit dem Hinweis, da könnte der Regierende aber. So kurzfristig wird die Reise nach Moskau allerdings nicht gewesen zu sein, dass man das nicht auch hätte absehen können – sicherlich auch nicht die beste und klügste Kommunikationspolitik zum Flughafen.

Der zweite Themenkomplex nach der neuen Lage ist: Wie geht es weiter am Flughafen? Herr Müller hat uns hier im Ausschuss seinerzeit deutlich gemacht, er erwartet einen neuen Termin und eine Klarstellung über die Abläufe im Frühjahr dieses Jahres. Herr Lütke Daldrup hat, kurz nachdem er seine neue Herausforderung – sagt man dazu wohl – angenommen hat, deutlich gemacht, diese Worte von Müller gelten nicht mehr, er würde im Sommer erst eine neue Terminliste vorlegen. Auch hier hätten wir gern Klarheit und sind ausnahmsweise, was Termine betrifft, eher auf der Seite Müllers: Wir brauchen schnell einen entsprechenden Termin. Ich hätte also auch gern von Herrn Lütke Daldrup gewusst, ob die Zeitleiste des ehemaligen Aufsichtsratsvorsitzenden, des Regierenden Bürgermeisters – einer, mit dem Sie ja in der Vergangenheit sehr eng zusammengearbeitet haben – für Sie gilt oder nicht gilt, wie die Bauleitung jetzt weiter vollzogen wird und welche neuen Probleme, die wir bisher noch nicht kennen, Sie uns heute darbieten werden.

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Besten Dank, Herr Melzer! – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Bitte schön!

Dr. Kristin Brinker (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Für uns stellen sich folgende vier Fragen. Zum Ersten: Wer ist jetzt aktuell der Technikchef? Zum Zweiten geht es um das Thema Prüfungsrechte. Im Gesellschaftervertrag der Flughafengesellschaft sind unter § 16 die Prüfungsrechte geregelt. Es steht dort unter Punkt 1, dass im Prinzip Rechnungsprüfungsbehörden der jeweiligen Gebietskörperschaft prüfen können. Aus meiner Sicht ist bis dato nur der Aufsichtsrat vom Berliner Landesrechnungshof geprüft worden. Die Frage für uns: Ist es möglich zu überdenken, ob man diese Prüfungsrechte auf die gesamte Flughafengesellschaft erweitern kann und nicht nur auf den Aufsichtsrat beschränkt? Die dritte Frage: Gibt es aufgrund der neuerlichen Terminverschiebung Einflüsse auf die Bürgschaften und Finanzierung

gen, die aktuell laufen? Wir wissen ja, dass die EU gerade entsprechend ihr Okay gegeben hat. Wie ist das mit der aktuellen Terminverschiebung? Hat das irgendwelche Einflüsse auf die Finanzierung?

Viertens hatten wir zum Thema freihändige Vergabe angefragt und leider nur einen kurzen Satz als Antwort darauf bekommen, der uns nicht ausreicht. Deswegen will ich diese Fragen zur Vergabe konkretisieren. Zum Ersten: Wie werden speziell bei der freihändigen Vergabe von der Flughafengesellschaft die Grundsätze des Vergaberechts, des Haushaltsrechts, des Preisrechts und der Transparenz eingehalten? Zum Zweiten: Wie hoch ist die genaue Anzahl, getrennt nach Bauaufträgen, der öffentlichen Ausschreibungen und offenen Verfahren, der freihändigen Vergaben usw.? Wie sind die freihändigen Vergaben, die offensichtlich in erheblichem Umfang stattfinden, tatsächlich geregelt? Wie gestalten sich diese freihändigen Vergaben? Gibt es da einen Wettbewerb? Wie funktioniert das? Wie hoch ist z. B. die Zahl der Markterkundungsverfahren? Gab es Markterkundungsverfahren? Zum Schluss: Gab es Ausschreibungen, die auch verlost worden sind? – Vielen Dank!

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Besten Dank, Frau Kollegin Brinker! – Als Nächstes Herr Czaja!

Sebastian Czaja (FDP): Vielen Dank! – Ich weiß gar nicht, ob man jetzt gratulieren darf zu der neuen Aufgabe oder nicht, aber zumindest darf man Ihnen im Sinne des Wirtschaftsstandorts Berlin viel Erfolg wünschen in der Hoffnung, dass diese Neverending Story irgendwann mal beendet ist und man dann in die Phase 2 kommt und sich mit allen Ausbaustufen beschäftigt, solange man sich weiterhin mit der Absicht trägt, Tegel zu schließen.

Da bin ich gleich bei meiner ersten Frage. Am 16. März hat Ihr Vorgänger – ich nenne auch gern noch mal den Namen, weil die Stühle so schnell wechseln – Karsten Mühlenfeld gegenüber der dpa von einem Plan B gesprochen für den Fall, dass die Eröffnung 2017 nicht klappt. Er sagte, der Plan B heißt für ihn Airport Tegel. Er weist in diesem Interview auf die Notwendigkeit hin, dass, wenn im Jahr 2017 der BER nicht öffnet, das Sicherheitszeugnis für Tegel verlängert bzw. beantragt werden muss, weil es im Jahr 2017 ausläuft. Herr Mühlenfeld führt weiter aus, dass diese Beantragung vorgenommen werden müsste, um den zu erwartenden Verzögerungen auch mit Blick auf den damals schon genannten Eröffnungstermin 30. 6. 2018 zu begegnen. Mich würde daher interessieren: Wie weit sind Sie an dieser Stelle, und wie sieht das genaue Verfahren aus, um das Sicherheitszeugnis für Tegel entsprechend zu verlängern?

Und dann eine eher allgemeinere Frage. Wenn man sich die letzten Jahre am Flughafen BER und das Zusammenwirken zwischen Aufsichtsrat, Geschäftsführung und vielen weiteren Gremien anschaut, dann ist am Ende doch sicher eins unterm Strich übrig geblieben: Es gab ein Klima des tiefen Misstrauens untereinander. Wie sieht Ihr Plan aus, Herr Lütke Daldrup, um dieses Klima im Sinne eines schnellen und zügigen Bauablaufs zu verbessern?

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Besten Dank, Herr Czaja! – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wer möchte beginnen? – Herr Böhning, bitte schön!

Staatssekretär Björn Böhning (CdS): Herzlichen Dank! – Ich will auf die wenigen Fragen gern eingehen. Auf die Detailfragen im Hinblick auf das, worüber die Gesellschaft zu infor-

mieren hat, wird Herr Lütke Daldrup antworten. Im Hinblick auf die Zeitschiene – Herr Melzer, das war Ihre Frage – gilt die Darstellung des Regierenden Bürgermeisters, dass am Abend des 20. Februars der damalige Geschäftsführer den Regierenden Bürgermeister und Aufsichtsratsvorsitzenden über die Demission des Technikchefs informiert hat. Eine vorherige Information gab es für den Regierenden Bürgermeister nicht. In der Folge ist dann der Aufsichtsrat zusammengetreten. Auf Empfehlung des Präsidialausschusses hat er sich am 3. und am 6., wie Sie wissen, mit der Personalsituation befasst mit dem bekannten Ergebnis am 6. März mit der Neuberufung von Herrn Lütke Daldrup als Geschäftsführer.

Die eine Frage zum Thema Prüfungsrechte, die Frau Brinker gestellt hat, kann ich beantworten. Es ist der Rechnungshof des Landes Brandenburg, der hier zuständig ist. Es ist in aller Regel so, dass sich, wenn mehrere Rechnungshöfe beschäftigt sind, auf einen Rechnungshof verständigt wird, der die Prüfung übernimmt, und wir halten die Rechnungsprüfung durch das Land Brandenburg und den dortigen Rechnungshof auch für sachgerecht.

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Besten Dank, Herr Böhning! – Herr Lütke Daldrup, bitte sehr!

Dr. Engelbert Lütke Daldrup (FBB; Vorsitzender der Geschäftsführung): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die erste BER-Verschiebung, die mir in meiner neuen Tätigkeit als Aufsichtsrat bekannt geworden ist, die jetzt nicht mehr ganz neu ist, sondern mit dem 6. März geendet hat, ist, dass der Flughafen am 12. Januar annonciert hat, als mich ein Anruf in meinem Urlaub sehr weit weg von Deutschland erreichte, wo der ehemalige Geschäftsführer Mühlenfeld mir mitteilte, dass er einen Gesprächsbedarf habe. Im Laufe des Tages ist dann ein Telefonat zustande gekommen, nachdem ich eine SMS erhalten hatte und er mir am 12. Januar mitteilte, dass es neue Probleme gäbe. Parallel, wie ich später erfuhr, ist dann auch der Regierende Bürgermeister informiert worden. Das war mir an meinem Urlaubsort im asiatischen Raum nicht bekannt. Ich habe ihm aber geraten, den Regierenden Bürgermeister zu informieren, wenn ich das noch sagen darf. Was die Information betrifft, die sich auf Herrn Marks bezieht, habe ich am 20. Februar, um 18.45 Uhr, glaube ich, eine SMS erhalten, und der weitere Ablauf ist ja dann auch Gegenstand medialer Berichterstattung gewesen. Dann gab es Gespräche, u. a. im Präsidialausschuss und danach laufend auch im Aufsichtsrat, die zu dem bekannten Ergebnis geführt haben.

Sie haben gefragt, wie sich die Situation darstellt, wann die Geschäftsleitung des Flughafens sich zu einer Frage der Inbetriebnahme äußern kann und wird. Sie wissen, dass der Aufsichtsrat beschlossen hat, dass das zum frühestmöglichen Zeitpunkt geschehen soll. Auch die Geschäftsleitung hat ein Interesse daran, das zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu tun. Wir werden das aber erst dann tun können, wenn alle relevanten Fakten und Risiken hundertprozentig transparent sind, vor allen Dingen, wenn wir genau wissen, wie der bauliche Abschluss des FGT erreicht werden kann. Wir haben beim Terminal die Situation, dass wir dort das Pier Nord und das Pier Süd haben. Da sind die Arbeiten so weit abgeschlossen, dass sowohl für das Pier Nord – schon seit Längerem – und auch für das Pier Süd – seit wenigen Tagen – die Bescheinigung nach § 76 Abs. 1 der Bauaufsicht des Landkreises Dahme-Spree vorliegt. Das heißt, Pier Nord und Pier Süd sind im Kern fertig und auch durch die Bauaufsicht nach § 76 Abs. 1 für die Nutzung freigegeben. Beim FGT sind wir mitten in den Restarbeiten, und wir werden zunächst dem Aufsichtsrat und dann auch den Gremien berichten, wenn wir einen definitiven Zeitpunkt benennen können.

Mir sind, was die Probleme am Bau betrifft – sie sind ja auch an diesem Ort vor nicht allzu langer Zeit im Beisein des Regierenden Bürgermeisters und des damaligen Geschäftsführers vorgetragen worden –, in meinen ersten sieben Arbeitstagen keine neuen baulichen Probleme begegnet. Aber wir haben darauf hingewiesen, dass es erforderlich ist, noch mal sehr genau alle Risiken anzuschauen. Daran arbeitet die Mannschaft sehr intensiv, und ich werde den Aufsichtsrat am Freitag auch über den Fahrplan, wie wir die Risikoanalyse vorantreiben, unterrichten.

Frau Brinker, Sie haben nach dem aktuellen Technikchef gefragt. Ich will die Frage mal so übersetzen: Herr Mühlenfeld hatte ja Herrn Marks freigestellt, und nach den Beschlüssen des Aufsichtsrats am 6. März hat die verbleibende Geschäftsleitung dafür gesorgt, dass Herr Marks am 7. März wieder seine Arbeit aufgenommen hat – zum gleichen Zeitpunkt, an dem ich meine Arbeit in der Gesellschaft aufgenommen hatte.

Zu den Finanzierungsfragen gilt das, was hier bereits vorgetragen worden ist. Die Finanzierung ist ja EU-notifiziert. Dort sind auch verschiedene Business Cases im Rahmen des Private-Investor-Tests und anderer Verfahren vorgelegt worden und auch eine IBM-Verschiebung vom Herbst 2017 auf einen späteren Zeitpunkt war Gegenstand der Business Cases.

Zu Ihren Fragen nach der freihändigen Vergabe: Ich kann Ihnen nicht im Detail – das werden Sie mir nachsehen nach sieben Arbeitstagen – aus dem Gedächtnis alle Ihre Fragen beantworten. Ich habe gehört, dass dazu auch eine parlamentarische Anfrage im Geschäftsgang ist, und die FBB wird in bewährter Manier den entsprechenden Instanzen der Senatskanzlei eine Antwort zuarbeiten. Die wird natürlich auch dem Parlament durch die zuständige Verwaltung bekannt gegeben werden.

Herr Czaja, dass Sie mir viel Erfolg wünschen, dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken. Was Herr Mühlenfeld am 16. März gesagt haben soll, entzieht sich meiner Kenntnis, denn der 16. März ist erst morgen. Insofern kann ich auf diese Spekulation nicht wirklich eingehen. – [Sebastian Czaja (FDP): 2016!] – Was er am 16. März 2016 gesagt haben soll, ist mir nicht präsent. – [Sebastian Czaja (FDP): Ich habe das zitiert!] – Mag ja sein!

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Keine Zwiegespräche!

Dr. Engelbert Lütke Daldrup (FBB): Was Herr Mühlenfeld am 16. März gesagt haben sollte, was von der dpa möglicherweise vertickert worden ist, kenne ich nicht, kann dazu also auch keine Auskunft geben. Ich will nur ausdrücklich sagen, weil Sie die Frage gestellt haben, wie man zusammenarbeiten will, dass der Aufsichtsrat am 7. Februar dazu klare Maßgaben gemacht hat, dass er erwartet – und zwar mit Recht erwartet –, dass die Geschäftsleitung des Flughafens als Team zusammenarbeitet und vertrauensvoll mit dem Aufsichtsrat zusammenarbeitet. Das ist die Richtlinie für meine Arbeit. Die Gesellschafter erwarten mit Recht eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Gremien, und daran werde ich mich halten.

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Vielen Dank, Herr Lütke Daldrup! – Bitte, Herr Goiny, Sie haben das Wort!

Christian Goiny (CDU): Vielen Dank! – Herr Lütke Daldrup! Es gab verschiedene Presseberichte dergestalt, dass Sie neben Ihrer neuen Aufgabe Ihre Staatssekretärstätigkeit ruhen lassen, also nicht aufgegeben haben. Ich möchte gern die Gelegenheit nutzen und Sie fragen, was daran wahr ist, denn das macht keinen Sinn. Wenn Sie in der neuen Aufgabe erfolgreich sind, dann möchte man Sie dort behalten, aber sind Sie nicht erfolgreich, dann möchte man Sie auch nicht als Staatssekretär behalten. Insofern macht das unter beiden Varianten keinen Sinn. Dass wir Ihnen Erfolg wünschen, das kann auch ich unterstreichen, denn wir wollen diesen Flughafen endlich einmal an den Start bekommen.

Ferner interessiert mich: Sie haben dieses Thema in der Vergangenheit auch von der politischen Seite betrachtet und jetzt ein bisschen die Seiten des Schreibtischs gewechselt. Was wollen Sie denn jetzt konkret anders machen als das, was im Management bisher üblich gewesen ist? Wenn jetzt jemand wie Sie, mit politischer Erfahrung, in diese Aufgabe hinein geht, dann erwartet man damit auch eine andere Herangehensweise. Manches von dem, was Sie heute gesagt haben, erzählten uns schon Ihre Vorgänger. Dass zum Beispiel die Seitenspieler schon so gut wie fertig sind, ist eine Nachricht, die wir des Öfteren hören, aber sie hat keinerlei Bedeutung für die Inbetriebnahme des Gesamtprojekts. Deswegen interessiert mich – neben der wiederholten Darstellung von Dingen, die Erfolge sind –, ob es tatsächlich auch Erfolge bei dem gibt, was noch nicht funktioniert. Welche konkreten Aufträge, Maßnahmen oder Initiativen haben Sie bereits ergriffen oder werden Sie ergreifen, um bei dem, was planerisch noch zu leisten ist und im Bereich des Controllings sowie bei der Umsetzung und Kommunikation der Maßnahmen von Ihnen ergriffen werden kann, voranzukommen?

Im Zusammenhang mit der kurzzeitigen Ablösung des Technikchefs gab es eine Diskussion darüber, dass die Arbeiten vor Ort offensichtlich nicht in der nötigen Intensität, dem zeitlichen Tempo und mit der personellen Mannschaftsstärke laufen würden. Erstens: Stimmt das? – Zweitens: Kümmern Sie sich um dieses Thema? – Drittens: Durch welche Möglichkeiten oder Maßnahmen stellen Sie sicher, dass das überwacht wird?

Dann würde ich gern noch den Chef der Senatskanzlei und Vertreter des Regierenden Bürgermeisters, Herrn Böhning, fragen: Wie wird von Seiten des Landes Berlin versucht, in der gesamten Problematik die Kommunikation zwischen den Gesellschaftern zu verbessern? Im Hinblick darauf, wer sich mit wem abstimmt, wer eigentlich wofür zuständig ist und wer wofür Verantwortung übernimmt, ist Unterschiedliches zu lesen. Das alles finde ich im Interesse des Gesamtprojekts nicht hilfreich. Nun tragen alle drei Gesellschafter die Verantwortung, aber wir als Landesparlament sind dazu berufen, den Berliner Miteigentümer zu kontrollieren und zu befragen. Dabei ist festzuhalten, dass das insgesamt nicht gut läuft. Wie wird das aus Berliner Sicht gesehen? Welche Versuche und Maßnahmen werden ergriffen, um dieses Erscheinungsbild ein bisschen besser in der Öffentlichkeit zu präsentieren?

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Besten Dank, Herr Goiny! – Bitte, Herr Melzer, Sie haben als Nächster das Wort!

Heiko Melzer (CDU): Vielen Dank! – Herr Lütke-Daldrup! Sie haben ebenso wie sämtliche Ihrer Vorgänger betont, wie transparent Sie arbeiten wollen und dass es an der einen oder

anderen Stelle tolle Entwicklungen geben würde. Offensichtlich sind Sie aber mit Ihren Ausführungen – vielleicht auch wieder wie der eine oder andere Ihrer Vorgänger – haarscharf an dem Problem vorbeigeflogen. Was uns interessiert, das ist nicht die immer wiederkehrende Äußerung, dieser oder jener Pier sei schon fast fertig und man sei jetzt bei irgendeinem Gewerk bei einer Fertigstellungsquote in irgendeinem Gewerk von ..., sondern nach vorne sehend möchten wir wissen, wie Sie die bestehenden Probleme und Missstände am Bauwerk endlich unter Kontrolle bekommen wollen. Deswegen würde mich zum Beispiel interessieren, wie Sie das in der Zwischenzeit öffentliche Gutachten bewerten, wonach nur eine Wahrscheinlichkeit von 0,03 Prozent besteht, dass der BER noch im Jahr 2017 eröffnet wird. Wie bewertet das die FBB? Wie bewertet das Land Berlin als Gesellschafter dieses Gutachten in seinen Details? Was sind die notwendigen Schlussfolgerungen daraus, sowohl der FBB als auch des Senats als Vertreter des Gesellschafters?

Bei dieser Gelegenheit: Wie alle Ihre Vorgänger so haben auch Sie betont, dass Sie transparent arbeiten wollen. Die Erfahrungen der letzten Jahre lauten: Man bekommt mehr Gutachten und Papiere über Zeitungen als über die Parlamentsdokumentation. Das war in der Vergangenheit alles andere als transparent, und da haben Sie eine Menge zu tun. Bei dem einen oder anderen Mal wird, wenn man da kritisch draufschaut, deutlich werden: So ganz kongruent ist es dann doch nicht. Deswegen möchte ich auf ein, zwei der wenigen Ausführungen, die Sie in der ersten Runde gemacht haben, eingehen. Erstens – wir hatten Sie nach dem Zeitpunkt der Verkündung der Demission des Technikchefs gefragt: Ich habe jetzt vom Senat über Herrn Böhning gehört: Wir bleiben bei der Darstellung 20. Februar, abends – die Darstellung des Regierenden Bürgermeisters. Und ich habe zu dem Zeitpunkt vom Staatssekretär Lütke Daldrup am 18. Februar gehört, dass Sie es per SMS am 18. Februar erfahren haben. – [Zuruf Engelbert Lütke Daldrup (FBB; Geschäftsführer)] – Ich hatte verstanden, dass Sie per SMS am 18. Februar darüber informiert worden sind. – [Engelbert Lütke Daldrup (FBB; Geschäftsführer!): Am 20.!] – Ebenfalls am 20. Februar – okay! Dann ist es gut, dass dieser mögliche inkongruente Missstand aufgeklärt ist, und dann ist es doch der 20. Februar gewesen. Mich würde interessieren, wie Sie dann weiter agiert haben und mit wem Sie sich abgestimmt haben etc. Im Zweifelsfall ließe sich das noch einmal nachlesen. Mir war, wie gesagt, wie der 18. Februar. – Bei dieser Gelegenheit, Herr Vorsitzender, wäre ich dankbar, wenn es auch zu diesem BER-Tagesordnungspunkt wieder ein Wortprotokoll gäbe.

Der zweite Punkt, der mit Terminen zusammenhängt, ist dann aber einer, bei dem dieses Rumeiern schon wieder anfängt. Deswegen frage ich Herrn Böhning für den Senat: Gilt die Aussage des Regierenden Bürgermeisters, wonach der Gesellschafter Land Berlin im Frühjahr eine entsprechende Klarheit haben möchte, oder gilt das – kaum hat man den Stuhl gewechselt –, was der ehemalige Staatssekretär und heutige Geschäftsführer des BER sagt, dass das vor dem Sommer nichts wird? Was bedeutet das für den weiteren Ablauf, für die Planung und die Planungssicherheit, sowohl der Kunden als auch der Fluggesellschaften etc.? Und was bedeutet das für das Jahr 2018? Aus unserer Sicht ist darin ganz klar eine weitere Inkongruenz enthalten.

Dritter Punkt: Herr Lütke Daldrup! Sie sagten, Sie schauen sich jetzt die Risiken neu an, das gesamte Team sei emsig unterwegs – das alles sind Aussagen, die wir seit Jahren von den wechselnden Geschäftsführern der FBB gehört haben – und Sie würden kurzfristig dem Aufsichtsrat berichten. Machen wir doch mal am Mittwoch, um 12 Uhr, einen Schnitt: Gibt es jetzt irgendetwas, was Sie uns an Neuigkeiten mitzuteilen hätten und am Freitag dem Auf-

sichtsrat berichten würden, oder ist das zum jetzigen Zeitpunkt eine Nullmeldung? – Ich bin der Meinung, dass sich diese Frage im Hinblick auf den Stichzeitpunkt heute Vormittag klar beantworten lässt.

Ein weiterer Punkt betrifft das Thema Finanzierung. Meine Frage dazu richtet sich an Sie, Herr Lütke Daldrup, diesmal mit der Brille der Flughafengesellschaft: Halten Sie es für realistisch, dass nach dem Sommer 2018 die Finanzierung der Baustelle BER aus der Flughafengesellschaft und deren Cashflow erfolgt? Oder müssten Sie dann andere Finanzierungsmöglichkeiten ins Auge fassen, diskutieren oder empfehlen, als ausschließlich aus dem Cashflow des Unternehmens zu finanzieren? – Das ist leider eine Frage, mit der wir uns noch das eine oder andere Mal im Hauptausschuss beschäftigen werden müssen.

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Vielen Dank, Herr Melzer! Das Wortprotokoll ist beschlossen. Wir hatten hier vorne ebenfalls den 20. Februar im Ohr, wenn ich es richtig im Kopf habe, gegen 18.45 Uhr, sodass daher vielleicht die 18 kam. – Bitte, Herr Woldeit, Sie haben das Wort!

Karsten Woldeit (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herr Lütke Daldrup! Ich fühle mich bei der Rhetorik des Vortragens ein bisschen in das Jahr 2012 zurückversetzt. Damals hatte Hartmut Mehdorn in ähnlicher Art und Weise argumentiert: Wir müssen jetzt aufräumen. Herr Körtgen wurde frisch gefeuert. Alles wird gut. Wir sind emsig und fleißig und bringen das jetzt auf neue und sichere Wege. – Erlauben Sie mir, dass ich dazu eine gewisse Skepsis an den Tag lege. Der Regierende Bürgermeister hatte im Nachgang dieser gerade erwähnten Personalie von zwei verlorenen Jahren gesprochen, nämlich von den Jahren 2012 bis 2014. Jetzt dreht sich das Personalkarussell erneut: Technikchef raus, Technikchef rein, und ein neuer Geschäftsführer. Meine simple Frage lautet: Stehen wir vor zwei weiteren verlorenen Jahren?

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Diese sehe ich nicht, dann hat jetzt Herr Böhning das Wort. – Bitte sehr!

Staatssekretär Björn Böhning (CdS): Herzlichen Dank! – Zu den beiden Punkten, die von Herrn Goiny und Herrn Melzer angesprochen wurden und mich betreffen: Sie verlangen zwei unterschiedliche Paar Schuhe. Auf der einen Seite wollen Sie eine offene Diskussion aller Informationen, die vorliegen, und auf der anderen Seite wollen Sie eine vertrauensvolle Zusammenarbeit in den Gremien. Das Land Berlin legt höchsten Wert darauf, dass am kommenden Freitag eine Aufsichtsratssitzung stattfindet und die Gesellschaft den Aufsichtsrat über die Sachstände ausführlich informiert. Der Aufsichtsrat wird das dann in seiner Sitzung bewerten, diskutieren und seine Schlüsse daraus ziehen. Das ist für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit innerhalb der Gremien notwendig. Wir haben uns gegenseitig zu informieren und die Wege einzuhalten, und darauf legen wir Wert. Das betrifft auch die Kommunikation zwischen den beiden Gesellschaftern. Es ist richtig, dass in den letzten Wochen öffentlich darüber diskutiert wurde, aber gleichzeitig war es gut, dass sich die drei Gesellschafter im Zuge des doch schwierigen Prozesses vertrauensvoll zusammengefunden haben, um einen Weg nach vorne zu finden, auf der Basis dessen, dass Entscheidungen getroffen worden sind, in die die Gesellschafter nicht in der notwendigen Form einbezogen waren. Insofern war das eher ein Zeichen für eine gute Zusammenarbeit und diese wollen und werden wir auch künftig

weiter pflegen, und zwar sowohl zwischen den Gesellschaftern als auch mit der Geschäftsführung insgesamt.

Herr Melzer! Zu Ihrer Frage nach dem Termin Frühjahr: Nun möchte ich nicht darüber diskutieren, wie weit das Frühjahr geht, aber kommuniziert wurde: der frühestmögliche Zeitpunkt – und den frühestmöglichen Zeitpunkt erwarten. Es wird dabei bleiben, dass das Land Berlin jedenfalls keine politische Setzung von Inbetriebnahmetermeninen erwartet, sondern die Geschäftsführung hat, vor dem Hintergrund des Baufortschritts und der Situation am Flughafen, eine Bewertung vorzunehmen und diese dem Aufsichtsrat mitzuteilen, und zwar dann, wenn es die Faktenlage der Geschäftsführung ermöglicht, diese Information zu geben. Wir werden einen Teufel tun, an dieser Stelle irgendwelche politischen Termine zu setzen, die eine nicht sachgemäße Situation herbeiführen könnten.

Zum Thema Mehdorn: Herr Mehdorn war im Jahr 2012 noch gar nicht am Flughafen tätig, sondern er ist erst 2013 zum Geschäftsführer bestellt worden. Insofern kann er 2012 nichts – weder dem Ausschuss noch sonst wem – der Öffentlichkeit oder dem Ausschuss zu diesem Thema erzählt haben – zumindest nicht in seiner Funktion als Geschäftsführer. Wir erwarten genau nicht zwei verlorene Jahre, sondern die Entscheidung des Aufsichtsrats für die Bestellung von Herrn Lütke Daldrup war die Entscheidung für eine größtmögliche Kontinuität im Hinblick auf die Einblicke in die Verfahren und Sachstände am Flughafen BER.

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Besten Dank, Herr Staatssekretär! – Bitte, Herr Lütke-Daldrup, Sie haben das Wort!

Engelbert Lütke Daldrup (FBB): Herr Goiny fragte, was anders gemacht werden soll. – Auch wenn ich meine Amtsvorgänger im Wording wiederhole, muss ich Ihnen trotzdem sagen, dass ein gutes Team in der Geschäftsführung ein Ziel ist, das ich verfolge, was eine gewisse Differenz zur Vergangenheit darstellt.

Zweitens habe ich mir vorgenommen, eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Gremien zu pflegen, worauf der Chef der Senatskanzlei schon eingegangen ist. Das setzt unter anderem voraus, dass ich – das sind die Schlussfolgen aus meinen ersten sieben Arbeitstagen – zunächst am Freitag dem Aufsichtsrat vortrage. Ich bitte zu berücksichtigen: Wenn Sie einmal einen Vergleich anstellen mit dem, was in den vergangenen zwei Jahren gelaufen ist, nämlich, dass der ehemalige Geschäftsführer, Karsten Mühlenfeld, erst nach vier Monaten seine erste Aufsichtsratssitzung hatte, weil der zuvor angesetzte Termin verschoben wurde, um ihm genügend Möglichkeiten der Einarbeitung zu geben. Nun bin ich in der Tat mit dem Flughafen schon ein bisschen vorbefasst und habe eine gewisse Kenntnis von außen, aus Sicht eines Aufsichtsorgans. Jetzt gewinne ich vertiefte Kenntnisse von innen. Ich bitte darum, dass man mir die notwendige Zeit gibt, damit ich Ihnen belastbare und sachliche Informationen geben kann, die Sie in die Lage versetzen, Ihrem Kontrollrecht in einer adäquaten Form gerecht zu werden.

Ich erlaube mir noch einmal darauf hinzuweisen, dass die Nachricht, dass Pier Süd nach § 76 Abs. 1 Brandenburger Bauordnung abgenommen worden ist, relativ neu ist und nicht die Wiederholung einer Nachricht ist, die Ihnen bereits vor Monaten andere zu Gehör gebracht haben. – In der Tat: Wenn es um Risiken geht, dann ist es wichtig, dass wir uns noch einmal einen kompletten Überblick über die gegebenenfalls vorhandenen Risiken verschaffen, die

wir heute noch nicht kennen. Das ist eine zentrale Aufgabe, von der die Kolleginnen und Kollegen der Flughafengesellschaft stehen, nämlich, sich sehr genau anzuschauen, ob noch weitere Risiken vorhanden sein könnten, damit wir am Ende eine Risikosituation haben, die wir komplett kennen. Ich bin nach sieben Tagen noch nicht in der Lage, jede Frage dazu zu beantworten. – Wie wir uns personell aufstellen werden, das werde ich dem Aufsichtsrat vortragen, und danach wird dieser sicherlich die Öffentlichkeit in geeigneter Form darüber unterrichten.

Zur Transparenz: Sie haben wahrscheinlich mitbekommen, dass ich veranlasst habe, das Gutachten von Roland Berger, das am 8. oder 9. Februar vom ehemaligen Geschäftsführer beauftragt und ihm am Abend des 3. März übergeben worden ist und das wir dann sehr bald danach in der Zeitung nachlesen durften, ich selbst aber erst einen Tag nach meinem Dienstbeginn erhalten habe, dieses Gutachten ganz bewusst der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, um Spekulationen entgegenzuwirken, was denn da drinstehen könnte. Wir haben ebenfalls ein Gutachten der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht, das am 26. September 2016 den Aufsichtsgremien vorgetragen und auf das auch in der Öffentlichkeit Bezug genommen worden ist, dieses nachlesbar zu machen. Und wir haben der Öffentlichkeit drittens bekannt gegeben, was damals ein niederländisches Beratungsunternehmen – die NACO – gesagt hat – auch das ist im Herbst 2016 den Aufsichtsgremien des Flughafens vorgetragen worden –, weil auch daran ein parlamentarisches und sonstiges öffentliches Interesse besteht.

Das ist ein erster Schritt, um deutlich zu machen, dass wir nichts verheimlichen wollen. Wir wollen offen das kommunizieren, was wir wissen, soweit wir die Informationen validiert haben und kennen. Es handelt sich um externe Gutachten beauftragter Unternehmen, die wir Ihnen zur Kenntnis gegeben haben, damit Sie wissen, dass es unrichtig ist, dass nur eine dreiprozentige Wahrscheinlichkeit besteht, dass der Flughafen im Jahr 2018 in Betrieb gehen kann. Die dreiprozentige Wahrscheinlichkeit bezieht sich nur auf den Termin Juni, Juli 2018, ohne Maßnahmen, die ergriffen werden können, um die Termineinhaltung zu gewährleisten. Roland Berger, der vom alten Geschäftsführer beauftragt wurde, sagt: Wenn Sicherungsmaßnahmen ergriffen werden – ich habe das vorgefunden und kann es nicht kommentieren –, dann besteht eine 79-Prozent-Wahrscheinlichkeit für Juni 2018. Wir werden dieses Gutachten zusammen mit anderen Informationen im Aufsichtsgremium diskutieren. Jeder kann sich dann sein eigenes Bild machen und die Presseberichterstattung durch die eigene Internetrecherche auf unserer Website komplettieren, um ein Gesamtbild der uns vorliegenden externen Informationen zu gewinnen.

Das Wort „Rumeierei“ würde ich für mich nicht in Anspruch nehmen. Der Chef der Staatskanzlei sagte bereits, was die Aufsichtsgremien am 7. Februar – im Vorlauf der Gesellschafterversammlung – gesagt haben. Sie forderten die Gesellschaft auf, zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt – Klammer auf: möglichst Frühjahr – Klammer zu – einen belastbaren Termin vorzulegen. Wir alle haben – Sie als Eigentümerversorger und die Gesellschaft sowieso – ein vitales Interesse daran, so früh wie möglich einen Termin zu nennen, wenn er dann belastbar ist. Ich glaube, wir alle in diesem Raum sind uns dem Grunde nach einig, dass es verantwortungslos wäre, einen Termin zu nennen, den wir nicht für belastbar halten. Ich bitte sowohl die Öffentlichkeit als auch die Eigentümer des Flughafens um Verständnis, dass dieser Termin erst zu dem Zeitpunkt vorgelegt werden kann, wenn wir ihn belastbar validiert haben. Und danach werden sich sicherlich auch noch andere mit diesem Termin beschäftigen, ob er denn tatsächlich belastbar ist.

Zu Ihrer Frage nach den verlorenen Jahren hat der Chef der Senatskanzlei alles gesagt. Ich habe mich bereit erklärt, dieses Amt zu übernehmen, um – unter anderem – dazu beizutragen, dass keine Zeitverzögerungen entstehen. Niemand hat sich die Situation, die jetzt entstanden ist, gewünscht. Sie wurde auch nicht von den Eigentümern veranlasst, sondern die Eigentümer haben im Präsidialausschuss zwei Tage, nachdem der ehemalige Geschäftsführer per SMS es für angezeigt hielt, die Eigentümer zu informieren, klare Voten abgegeben, die offenbar von der ehemaligen Geschäftsführung nicht in der Form zur Kenntnis genommen wurden, dass sie umgesetzt worden sind. Das hat zu der Situation geführt, vor der wir stehen. Es ist mir wichtig, noch einmal darauf hinzuweisen, wo die Ursache gelegt worden ist und was das Ergebnis dieses Prozesses gewesen ist.

Herr Goiny! Sie fragten abschließend, wie es um meine Staatssekretärstätigkeit bestellt ist. – Nachdem ich am 6. März um ca. 14 Uhr einstimmig vom Aufsichtsrats des Flughafens zum Vorsitzenden der Geschäftsführung gewählt worden bin, habe ich am Abend, etwa um 18 Uhr meinem Tischnachbarn, Herrn Böhning, eine E-Mail geschrieben und ihn gebeten, mich von meinen dienstlichen Pflichten zu beurlauben, bis zu dem Zeitpunkt, wo ich einen Arbeitsvertrag beim Flughafen unterschrieben habe. Das wird wohl, soweit der Aufsichtsrat an seiner Terminplanung festhält, übermorgen passieren, und dann werde ich selbstverständlich mein Staatssekretärsamt aufgeben. Ich werde nicht mit Ihnen spekulieren, was ich nach meiner Tätigkeit beim Flughafen machen werde.

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Besten Dank, Herr Lütke Daldrup! – Ich schlage vor, dass wir nun in die letzte Runde gehen. Auf meiner Redeliste stehen Frau Kollegin Dr. Brinker, Herr Melzer, Herr Czaja und Herr Goiny. Gibt es darüber hinaus noch weitere Wortmeldungen? – Herr Otto meldet ebenfalls noch Redebedarf an. Somit schließe ich jetzt die Redeliste und erinnere Sie daran, dass wir dieses Thema am 29. März noch einmal auf der Tagesordnung haben werden, unter der Überschrift Wirtschaftsplan, Finanzplan, Bürgschaft, Notifizierungsverfahren. Gegebenenfalls – das wäre hilfreich – bekommen wir dann auch den aktuellen Stand der Dinge aus der Aufsichtsratssitzung übermittelt. Wir werden dieses Thema beim nächsten Mal sicherlich ebenfalls in epischer Breite diskutieren. – Bitte, Frau Kollegin Dr. Brinker, Sie haben das Wort!

Dr. Kristin Brinker (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich habe eine Frage zum Thema Rechnungshof. Der Brandenburger Rechnungshof hatte im letzten Jahr angemahnt und empfohlen, dass ein externes Controlling stattfinden soll, sowohl für die Gesellschaft als auch für das Bauprojekt. Gab es – bis auf das Gutachten von Roland Berger, von dem gerade die Rede war – ein solches Controlling? Wurde dem Vorschlag des Rechnungshofs Folge geleistet? Wenn ja: Wann hat das stattgefunden? In welchem Umfang? Und wenn nein: Warum hat man dem nicht Folge geleistet? – Vielen Dank!

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Besten Dank, Frau Kollegin! – Als Nächster hat Herr Melzer das Wort. – Bitte sehr!

Heiko Melzer (CDU): Vielen Dank! – Wir als Parlamentsfraktion fühlen uns seitens der Flughafengesellschaft und des Senats ein bisschen hinter die Fichte geführt oder verschaukelt. Sie beide haben dargelegt, wie wichtig Ihnen die Transparenz und die gute Zusammenarbeit zwischen den Gesellschaftern und zwischen den Gesellschaftern und der Geschäftsführung

sind. Und Sie, Herr Lütke Daldrup, haben deutlich gemacht, dass Ihnen eine gute Zusammenarbeit mit den Gremien besonders wichtig ist. Ich kann das alles nachvollziehen, nur sowohl Herr Böhning als Senatsvertreter als auch Sie als Vertreter der Flughafengesellschaft haben leider mit keinem Wort das Parlament benannt. Das spiegelt sich in der Art und Weise wider, wie heute über den Flughafen und das weitere Vorgehen informiert wird, nämlich im Kern gar nicht. Sie stellen auf eine Aufsichtsratssitzung in zwei Tagen ab. Dabei gewinnt man schon fast den Eindruck, dass gegenüber dem Parlament und der damit kontrollierenden Öffentlichkeit bis Freitag eine Art Informationssperre verhängt worden ist, denn Sie beide haben keine wirklichen Informationen zu den weiteren Abläufen gegeben, zum Beispiel – danach wurde mehrfach gefragt –, welche Maßnahmen jetzt ergriffen werden und in Planung sind, um aus der Dreiprozentwahrscheinlichkeit eine 79-Prozent-Wahrscheinlichkeit zu machen, was den Monat Juni 2018 betrifft. Das sind mitnichten keine neuen Erkenntnisse, sondern die Flughafengesellschaft müsste mindestens seit dem 12. Januar daran arbeiten. Ich bin mir sicher, Herr Lütke Daldrup: Sollte es etwas dazu geben, dann wird Ihnen das innerhalb der ersten Woche Ihrer Amtszeit vorgelegt worden sein.

Deswegen wiederholen wir zum dritten Mal die Frage: Welche Maßnahmen werden jetzt kurzfristig ergriffen? Welchen Maßnahmenplan gibt es? Welche Zeitschiene resultiert daraus, damit das öffentlich und transparent ist und nicht nur in einem Aufsichtsrat dargeboten wird, sondern insbesondere – wenn es mehrfach nachgefragt wird – auch im Parlament? Ansonsten fühlen wir uns ein Stück weit verschaukelt. Dazu passt dann auch, dass innerhalb der gesamten einstündigen Debatte vonseiten der Koalition mit Herrn Otto als Schlussredner, der sich gerade noch gemeldet hat, überhaupt nur ein Einziger Informationsbedürfnis hat. Unser Informationsbedürfnis und das Informationsbedürfnis vieler Berliner übersteigt deutlich das, was Sie beide heute gesagt haben.

Zweitens: Herr Lütke Daldrup! Ich hatte Sie zur zukünftigen Finanzierung der Baustelle befragt, aber ich habe nicht im Ohr, dass Sie diese Frage ausführlich beantwortet haben. Deswegen frage ich Sie aus einem ganz bestimmten Grund noch einmal: Aus dem Aufsichtsrat ist zu hören, dass die Baustelle ab Juni 2018 über den Cashflow der Flughafengesellschaft finanziert wird. Ich hätte gern eine Einschätzung der Flughafengesellschaft, inwieweit das realistisch ist. Warum? – Da bin ich nochmal bei den Terminen: Der Regierende Bürgermeister sagte in diesem Ausschuss, im März möchte er einen Finanzplan des Flughafens haben. Ich gehe davon aus, dass dieser Finanzplan länger tragen wird als nur bis Juni 2018, und deswegen muss dazu eine Lösung gefunden werden. Dazu hätte ich gern Ihre Einschätzung.

Es wird immer so getan, als hätte das Frühjahr nie im Raum gestanden. Der Regierende Bürgermeister hat zum Beispiel am 26. Januar in einem Interview mit der „Abendschau“ des RBB gesagt – das war der Zeitpunkt, wo wieder einmal etwas ins Rollen kam, was Personen und Köpfe betrifft –, man wolle im Frühjahr einen festen, belastbaren Termin haben. – Herr Böhning! Das ist eine Aussage des Regierenden Bürgermeisters. Steht diese Aussage noch oder nicht? Gibt es im Frühjahr etwas, oder ist es frühestmöglich, egal wann? Ich hätte dazu gern sowohl von der Flughafengesellschaft als auch vom Senat eine klare und eindeutige Antwort, ob die Aussage des Regierenden Bürgermeisters nach wie vor valide ist oder ob man sich davon still und leise verabschiedet hat.

Noch einmal: Sie bitten um mehr Zeit, Herr Lütke Daldrup, was vom Grundsatz her erst einmal verständlich ist. Nur ist die Zeit die kritische Komponente in diesem Projekt. Da Sie über

ein Vorwissen bezüglich des Flughafens verfügen und in den letzten sieben Tagen sicherlich nicht untätig gewesen sind, wird es irgendetwas geben, was Sie aus Ihrer bisherigen Zeit für berichtenswert halten. Wenn das Ergebnis lautet, Sie haben jetzt geprüft und per Mittwoch, 12 Uhr, gibt es kein neues Problem, das bisher nicht bekannt gewesen ist, und Sie würden mit Stand heute am Freitag – es sei denn, es kommt etwas Neues heraus – im Aufsichtsrat auch nicht sagen, dass es ein neues Problem gibt, sondern nur – in Anführungsstrichen – die Themen, die bekannt sind, dann ist das auch eine Nachricht. Nur, völlig nachrichtenlos sollten Sie gegenüber dem Parlament nicht bleiben. Deswegen noch einmal: Wie ist der Stand? Welche Maßnahmen sind in der Maßnahmenplanung? Welche Maßnahmen werden ergriffen, um aus der Dreiprozentwahrscheinlichkeit eine höhere zu machen und im Juni 2018 eröffnen zu können?

Letzte Anmerkung: Für den Fall, dass Sie jetzt wieder die Schlaufe drehen; Ach, wir wollen die Gremien so gerne gut und transparent informieren, aber irgendwie nicht das Parlament oder die Öffentlichkeit – das kann ja auch eine Strategie sein. – Aus Sicht meiner Fraktion können wir das gerne auch in nichtöffentlicher Sitzung machen, aber hier anzutreten und gar nichts zu sagen, außer, dass man mehr Zeit braucht, das ist keine wirklich neue Nachricht für den Flughafen, und seitens der Koalition dann ebenfalls sprachlos zu sein, ist ganz sicher nicht die beste Kommunikationsstrategie für den Flughafen und wird Ihnen dann auch auf die Füße fallen.

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Besten Dank, Herr Melzer! – Wir gehen hier ja teilweise auch hart mit dem Senat um, ich habe jetzt allerdings nicht den Satz gehört, dass das Parlament hier nicht informiert werden soll, denn ein zeitlicher Ablauf ist dargestellt worden, so dass ich davon ausgehe, das habe ich vorhin auch noch mal gesagt, dass wir in der nächsten Sitzung, wo wir eh vier Themen zum Thema BER auf der Tagesordnung haben, selbstverständlich dann auch so zügig wie möglich informiert werden müssen. Wenn das nicht der Fall ist, können wir in der Tat da noch mal hart nachfragen, aber ich habe jetzt keinen Satz der beiden Kollegen auf der Bank der Anzuhörenden gehört, das Parlament solle nicht informiert werden. – [Zuruf von Heiko Melzer (CDU)] – Na, weil Sie es gerade gesagt haben! – Herr Czaja!

Sebastian Czaja (FDP): Man fragt sich so ein bisschen, wieso wir heute eigentlich diese Debatte führen und wieso wir sie immer wieder führen, denn der Erkenntnisgewinn ist relativ gering. Der Erkenntnisgewinn nach jeder Debatte – und es ist richtig, dass die CDU diese Debatte immer wieder anmeldet – bleibt leider der, dass das Einzige, das am BER planmäßig fliegen wird, wahrscheinlich Aufsichtsräte und Flughafenchefs sind, aber nichts anderes. Und Sie arbeiten an dieser Stelle im Grunde vehement für diese These und nicht dagegen. Und das hat schon so ein bisschen etwas mit Selbstgefälligkeit zu tun, wenn man sich in diesem Hohen Hause vor diesem Ausschuss nicht mit Aussagen der Vorgänger auseinandersetzen möchte, die im Übrigen durch Pressemitteilungen der Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg verschickt wurden. Und wären Sie jetzt ein völliger Neueinsteiger, Herr Lütke Daldrup, würde ich Ihnen das sogar abnehmen, dass Sie in den letzten sieben Tagen nicht alles aufarbeiten konnten, aber Sie haben die Seiten nur von dort nach dort gewechselt und sitzen jetzt hier in einer anderen Rolle, die nach wie vor immer noch politisch ist und wahrscheinlich auch politisch bleiben wird.

Ich kann mich gut erinnern, dass Sie in der letzten Hauptausschusssitzung nicht an dem Tisch saßen, sondern an dem Tisch da vorne neben dem Ausschussvorsitzenden, und deshalb ist es jetzt Ihre Aufgabe, tatsächlich auch die Antworten zu geben und sich zu solchen Dingen zu äußern, denn Herr Mühlenfeld wird nicht ohne Grund das Problem angesprochen haben und einen Plan B entwickelt haben, der notwendig wird, denn auch Sie sprechen heute kontinuierlich, wenn überhaupt, vom Jahr 2018, nämlich von dem bisher genannten Eröffnungstermin, und damit bleiben weiterhin die Fragen im Raum: Wie weit sind Sie im Verfahren, wie weit sind Sie, wenn es darum geht, das Sicherheitszeugnis für Tegel zu verlängern, damit Tegel weiterhin in Betrieb bleiben kann, solange der BER nicht eröffnet ist? Denn die Notwendigkeit besteht einfach, und Sie wissen ja auch, dass wir die Notwendigkeit über den Tag hinaus sehen, aber beschäftigen wir uns zuerst einmal mit der Frage, denn da müssen Sie in Gang kommen. Und ich darf Herrn Mühlenfeld noch mal aus der Presseerklärung zitieren, die er selbst abgegeben hat, und zwar auf dem Kopfbogen der Flughafengesellschaft Berlin-

Brandenburg: Wir haben uns einen Plan zurechtgelegt! – So der Flughafenchef! Ich hoffe, dass Ihnen der Plan auch übergeben wird oder Sie noch einmal in die Schreibtischschublade schauen, wenn Sie ihn bisher nicht gefunden haben. Aber die Notwendigkeit können Sie doch bitte nicht mit den Ausführungen, die Sie eben gemacht haben, einfach mal so pauschal in Abrede stellen, denn das wäre dem ernsthaften Thema wirklich nicht angemessen.

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Besten Dank, Herr Kollege Czaja! – Als Nächstes Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): Kollege Melzer hat eben darauf hingewiesen, dass es ja nicht angekündigt wurde, dass wir nichts erfahren sollen, sondern es ist faktisch heute so, dass wir nichts erfahren. Das ist ja doch ein kleiner und feiner Unterschied. Und es freut mich, Ihre Klarstellung zu hören, Herr Lütke Daldrup, hinsichtlich der Frage der Staatssekretärstätigkeit, aber da Sie auch der Sozialdemokratie angehören, weiß man als Berliner, dass man sich um die Zukunft von Sozialdemokraten, wenn sie aus öffentlichen Ämtern ausscheiden, in der Regel nicht so große Sorgen machen muss, und insofern wünschen wir Ihnen natürlich trotzdem alles Gute.

Ich will da noch mal anknüpfen an das, was der Kollege Czaja eben gesagt hat. Es ist in der Tat so: Die Dinge, die wir hier heute angesprochen haben, gehören doch alle zu denen, über die Sie doch in Ihrer vorherigen Tätigkeit hinreichend Bescheid gewusst haben müssen. Da können Sie uns doch jetzt nicht erzählen, da müssen Sie sich jetzt erstmal vertieft einarbeiten und bitten doch um Verständnis dafür, dass Sie dafür noch ein bisschen Zeit brauchen. Die Fragen, die auch Kollege Melzer gestellt hat, das sind doch alles die Dinge, die uns seit Langem beschäftigen. Und auf meine Frage zum Beispiel, wie es denn vor Ort auf der Baustelle aussieht, ob da mit genügend Manpower, mit dem genügenden Tempo etc. gearbeitet wird, da habe ich wahrscheinlich Ihre Antwort überhört, aber ich glaube nicht, dass Sie da im Detail etwas dazu gesagt haben. Ich weiß nicht, ob Sie da jetzt noch mehr Zeit brauchen, um sich damit zu beschäftigen.

Was mich aber wirklich ein bisschen irritiert hat und weswegen ich mich auch noch mal gemeldet habe, war Ihr Hinweis, dass Sie jetzt auf die Suche nach Risiken gehen, um die zu erkunden und zu bewerten. Das finde ich ja nun schon irgendwie ein ziemlich starkes Stück, denn die ganze Debatte, jedenfalls ein Teil der Debatte, die wir die letzten Jahre seit der ersten Eröffnungsverschiebung hier geführt haben, ging ja immer darum, mal zu gucken, was wir denn jetzt eigentlich übersehen, falsch gemacht haben und was es noch für Risiken gibt. Und wir haben hier in früheren Diskussionsrunden und von früheren Geschäftsführern in Sitzungen, wo Sie teilweise auch dabei waren, gehört, dass man das jetzt alles im Griff und aufgearbeitet hätte und man doch jetzt wüsste, wo die Probleme liegen und diese jetzt alle stufenweise abarbeiten würde usw. Und jetzt höre ich hier auf einmal, jetzt müssen wir doch erst mal die Risiken bewerten.

Da würde ich doch nun mal wirklich darum bitten und ggf., Herr Vorsitzender, auch darum, dass man uns dazu vonseiten des Senats zur nächsten Sitzung noch mal aufschreibt, wo und welche Risikoprüfungen jetzt tatsächlich noch stattfinden. Wo vermutet man noch Risiken? Wo hat man schon welche gefunden, und wie bewertet man diese? Also, wenn das jetzt offensichtlich ein neuer Punkt ist, der noch gar nicht abgeschlossen ist, dann, finde ich, gehört das hier auch mal auf den Tisch des Hauses, denn ich bin davon ausgegangen, als jemand, der

sich hier als Haushälter nicht intensiv mit diesen ganzen bau- und planungstechnischen Details beschäftigt hat, dass wir über diese Phase längst hinaus sind. Ich war ja schon überrascht, als wir beim letzten Mal diesen doch detailreichen Vortrag über das Funktionieren der Türen noch mal hören mussten, der mir auch irgendwie schon bekannt vorkam, und wo man auch dachte, hier verliest jemand ein altes Wortprotokoll, aber es war offensichtlich neu. Insofern freue ich mich, dass wir heute auch festhalten können – ich weiß nicht, zum wievielten Mal –, dass der Nord- und der Südpier jetzt einsatzbereit sind. Ich dachte aber auch, das hätte ich schon mal gehört. Aber was eben wirklich aus meiner Sicht dringend einer Klärung und Darstellung bedarf, ist die Frage: Gibt es denn jetzt noch Risiken – und wenn ich Sie richtig verstanden habe, korrigieren Sie mich –, die man noch nicht erkannt hat oder nach denen man noch sucht oder die man noch irgendwie bewerten muss? Das, finde ich, wirft einen um Jahre zurück, wenn wir jetzt noch in diesem Zustand sind. Da würde ich, auch im Namen meiner Fraktion, dringend um Aufklärung spätestens zur nächsten Sitzung bitten!

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Das haben wir auch bereits zum 29. März beauftragt, wo es um die Themen Risikoeinschätzung, aktualisierter Zeitplan und fortgeschriebener Wirtschaftsplan geht. Das ist das, was ich vorhin meinte, dass wir das Thema mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nächstes Mal dann auch wieder in epischer Breite hier aufrufen können, aber das haben wir schon miteinander vereinbart. – Als letztes Herr Kollege Otto!

Andreas Otto (GRÜNE): Vielleicht noch mal kurz zu Herrn Goiny: Herr Lütke Daldrup hat noch nicht mal einen Arbeitsvertrag. Der ist nicht bestellt vom Aufsichtsrat, und er sitzt da seit einer Woche. Und da finde ich, da muss man auch mal ein bisschen langsam rangehen. Ich bin jemand, der in der Vergangenheit hier immer alles kritisiert hat, aber was ich nie kritisiert habe, war, dass Leute sagen: Ich muss erst mal meinen Schreibtisch einräumen und mich ein bisschen umgucken. – Das ist in Ordnung. Und das finde ich auch richtig, dass er das macht, und ich finde es – im Gegensatz zu Ihnen – sogar gut, dass jemand da sitzt, der zugibt, dass es Risiken gibt. Wir hatten hier viele Jahre lang Leute sitzen, die immer gesagt haben, es ist alles in Ordnung, Risiken nix, alles abgeräumt – das kennen wir. Da sitzt jetzt jemand, der will da Geschäftsführer sein, und der sagt, da gibt es Risiken. Das ist, muss man sagen, bei der Historie, die wir hier zusammen erlebt haben, schon mal ein Fortschritt, und der will die auch noch suchen. Der letzte, der Risiken gesucht hat, war der Herr Amann. Der hatte welche gefunden, und dann ist er selber zum Risiko geworden und war dann nicht mehr da. Ich finde es einen Fortschritt, dass da jemand sitzt, der Risiken suchen will, und der sich einen Kopf macht, wie das weitergehen kann. Ich finde es sehr richtig, der Vorsitzende hat das gesagt, dass wir in 14 Tagen genau an dieser Stelle hier weiterdiskutieren, welche Risiken er bis dahin gefunden hat.

Trotzdem habe ich eine Frage dazu, Herr Lütke Daldrup: Wie findet man denn unbekannte Risiken? Das ist die besonders schwierige Kategorie von Risiken. Um das vielleicht noch ein bisschen anschaulicher zu machen: Wir haben uns hier in der Vergangenheit den Strategiewechsel von der Gewerkbetrachtung zur Raumbetrachtung im Terminal erklären lassen. Welche Strategie wird denn jetzt verfolgt? Ist dieser Wechsel klug gewesen, oder birgt er die Gefahr, wenn man sich auf Räume konzentriert, dass man übergreifende Dinge, ich sage mal, Stichwort Sprinkleranlage oder so, dann übersieht? Mit welcher Strategie nehmen Sie jetzt eigentlich eine Überprüfung der baulichen Anlagen vor, und wie gehen Sie da vor?

Zu der Frage der Gutachten: Ich finde es sehr loblich, dass diese veröffentlicht werden und würde auch annehmen, dass das auch eine Transparenzmethode ist, die Sie in der Zukunft gegenüber dem Parlament, aber auch gegenüber der Öffentlichkeit pflegen werden, also, dass wir solche Sachen hier dann auch erfahren werden. Das würde ich ganz gerne mal von Ihnen bestätigt haben! – Und die letzte Frage: Wir freuen uns darüber, dass Pier Nord und Pier Süd fertig sind, dass das quasi auch abgenommen ist, oder zumindest ist eine Fertigmeldung in der Bauordnung nach § 76 Abs. 1 vorgesehen. Wer hat diese Sachen jetzt unterschrieben? Falls Sie das akut nicht wissen, bin ich da auch für eine schriftliche Mitteilung dankbar. Wer ist der leitende Objektplaner, der diese Sachen jetzt unterschrieben hat und letztendlich dann auch die Verantwortung bei seiner Berufsehre dafür übernommen hat?

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Besten Dank, Herr Kollege Otto! – Dann zur finalen Beantwortungsrunde, Herr Staatssekretär Böhning zunächst! – Bitte schön!

Staatssekretär Björn Böhning (CdS): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Es gab eine Anmerkung und eine Frage an den Senat. Das eine ging noch mal in die Richtung Rechnungshof Brandenburg. Ich habe bereits dargestellt, dass wir die Prüfung durch den Rechnungshof des Landes Brandenburg für sachgerecht halten, und bei der Position bleiben wir auch! Und allein die Diskussion, die wir heute schon über Gutachten hatten, zeigt, dass wir offenbar diverse externe Begutachter bei verschiedenen Gewerken oder Raumbetrachtungen haben, und dementsprechend wissen Sie auch, dass Roland Berger und die Mannschaft dort laufend am Flughafen tätig ist und auch entsprechende Gutachten fertigt. Das allerdings immer im Auftrag der Geschäftsführung und der Gesellschaft, und das halten wir wiederum auch für sachgerecht, damit eine entsprechende Begleitung mit Externen stattfinden kann.

Herr Melzer, der frühestmögliche Zeitpunkt, Klammer auf: möglichst im Frühjahr: Ich sehe keinen Widerspruch dort, wo Sie, finde ich, ein bisschen einen Widerspruch zu konstruieren versuchen! – [Zuruf von Heiko Melzer (CDU)] – Im Aufsichtsrat hat das Land Berlin oder der Aufsichtsrat insgesamt den frühestmöglichen Zeitpunkt für eine entsprechende Zeitschiene beauftragt. Das wird stattfinden, wie das auch der neue Geschäftsführer hier dargestellt hat. Und dem ist auch nichts hinzuzufügen!

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Besten Dank, Herr Böhning! – Und Herr Lütke Daldrup, bitte schön!

Dr. Engelbert Lütke Daldrup (FBB): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich will mal von hinten anfangen. Herr Otto hat sich noch mal auf die Risikoermittlung bezogen, und das ist mir deshalb besonders wichtig, weil wir leider in der Vergangenheit, da kann ich nur aus meiner Aufsichtsratsfunktion berichten, mehrfach feststellen mussten, dass Termine, die uns die damalige Geschäftsführung vorgetragen hat, nicht eingehalten werden konnten. Das ist dann in der Information kumuliert, die ich am 12. Januar 2017 erhalten habe, dass der IBM-Termin 2017 nicht mehr machbar ist. Und das hat Hintergründe u. a. darin, dass im Jahr 2014 die damalige Geschäftsführung, das war noch Hartmut Mehdorn, und die damals ziemlich frisch im Amt befindlichen Bauleute nach den Analysejahren 2012 und 2013 davon ausgingen, dass man mit den etwa 2 300 Planungen teilweise sehr komplexer Art, ich nenne nur das Stichwort Brandschutzanlage, diesen Flughafen soweit fertigstellen kann, dass man ihn genehmigungsfähig bekommt – dieses Ziel ist mit der Genehmigung des sechsten Nachtrages erreicht worden, insofern hat man da geliefert – und dass man ihn auch von allen über-

geordneten Sachverständigen abgenommen bekommt. Die Sachverständigenabnahmen sind bisher nur im Bereich des Pier Nord und des Pier Süd abschließend erfolgt. Bei Pier Süd ist in der Tat eine neue Nachricht – damit komme ich auf Ihre Frage, Herr Otto, wobei ich Ihnen den leitenden Objektplaner nicht nennen kann, wenn Sie das wissen wollen, kann man das nachreichen –, dass das Bauordnungsamt gesagt hat: Ja, es ist in Ordnung. – Und das ist entscheidend! Der Flughafen muss die Fertigstellung anzeigen, die entsprechenden Dokumente beibringen – und das sind viele Dokumente, wie Sie aus Ihrer Untersuchungstätigkeit sicher wissen –, und am Ende muss die Bauaufsicht sagen, die Dokumente sind in Ordnung. Und nur wenn die Dokumente in Ordnung sind, erfolgt eine Nutzungsfreigabe, insofern war das durchaus für den Flughafen ein wichtiger Meilenstein, dass auch der Pier Süd nach dem Pier Nord vom Bauordnungsamt nach § 76 Abs. 1 freigegeben worden ist.

Sie fragen nach der Art der Risikoanalyse: Da wir in der Vergangenheit schmerzhaft erfahren haben, dass Terminziele nicht eingehalten worden sind, ist natürlich die Frage, wo die Ursachen sind. Eine der zentralen Ursachen liegt darin, dass nicht nur die im Herbst 2014 avisierten 2 300 komplexen Planungsvorgänge abgearbeitet werden mussten, um eine Genehmigungsfähigkeit des Flughafens herzustellen, sondern dass es über 3 000 waren. Das hat sich mit den ganzen Debatten um den fünften und sechsten Nachtrag und vielen anderen Abstimmungsverfahren gezeigt, und meine Frage, die ich als neuer Geschäftsführer an das Unternehmen gestellt habe, besteht darin: Gibt es noch weitere Themen, die wir vielleicht noch nicht kennen? Und das kann man nur dann erfahren, wenn man sich alles noch mal ganz genau anschaut – alle Planungsvorgänge, alle offenen Planungsvorgänge. Und wir haben noch etwa 25 nicht abschließend bewältigte Planungsvorgänge. Die sind schon sehr weit, aber ich will alles noch mal angeschaut haben, damit wir wissen, ob wir noch Risiken finden, die wir vielleicht heute noch nicht kennen. Ich habe in den letzten sieben Tagen keine neuen gefunden, mir sind auch keine neuen reportet worden – das war auch eine Frage –, aber ich möchte mehr Sicherheit. Und ich möchte auch, dass wir einen belastbaren Termin machen, und ein belastbarer Termin heißt, ich brauche in meiner Planung ausreichende Puffer für Unvorhergesehenes, für möglicherweise nicht genug Menschen, die auf der Baustelle sind, eine Firma, die nicht zum gleichen Zeitpunkt leistet, wo wir die Leistung brauchen, einen Schaltschrank, der bestellt wird und sechs Wochen Lieferzeit hat etc. Wir brauchen, um einen geordneten Bauablauf zu organisieren und Sicherheit zu haben, erstens eine totale Kenntnis – da sind wir ziemlich weit, aber ich will noch mal nachgrasen lassen –, und wir brauchen entsprechende Puffer, damit wir nicht noch mal mit einem Termin scheitern. Das ist mir sehr wichtig, weil ich mich als Geschäftsführer gegenüber den Aufsichtsgremien und am Ende auch dem Parlament in der Verantwortung sehe – denn Sie sind am Ende unser Auftraggeber –, einen Terminplan vorzulegen, was die bauliche Fertigstellung betrifft, was die Inbetriebnahme betrifft, der am Ende auch funktioniert. Denn jeder weiß, dass das Funktionieren zum jetzt vorgeschlagenen Termin eine ganz zentrale Frage ist.

Sie haben dann nach Details gefragt. Ich könnte Ihnen erzählen, dass wir in der letzten Woche deutlich mehr als fünfzig Türen in Betrieb genommen haben – das ist mehr als eine Verdoppelung als vor drei oder vier Wochen, das ist eine gute Nachricht. Die Gespräche mit der Firma Bosch am Tisch des Regierenden Bürgermeisters am 6. Februar haben in dieser Frage ganz offensichtlich zu einer Verbesserung der Situation geführt. Die Firma Bosch hat auch Leistungen im Koordinierungsbereich übernommen, was geholfen hat. Wir haben uns natürlich damit beschäftigt, was wir im Bereich organisatorische Weiterentwicklung tun müssen. Und da spielt die Frage, das war auch eine Frage, die bei Ihnen anklang, Herr Otto, wie es eigent-

lich mit den Flächen und den Anlagen ist, eine große Rolle. Es war richtig, dass lange Zeit daran gearbeitet wurde, in der Fläche die Mängel abzuarbeiten. Sie haben die Zahl von 30 000 schon öfter gehört, ich muss sie trotzdem noch mal sagen. In der Fläche musste eine unendliche Vielzahl von großen und kleinen und kleinsten Mängeln abgearbeitet werden. Jetzt, wo wir in die Phase der technischen Inbetriebnahme gehen, kommt es darauf an, sich wieder an der Anlagenlogik im gesamten Bauprozess zu orientieren. Die Inbetriebnahmeverfahren sind jetzt sozusagen der Treiber der Organisation, und das heißt, in den nächsten Wochen werden wir noch mal eine komplette Anpassung der Organisation vornehmen müssen, die der Anlagenlogik folgt, damit die Inbetriebnahmeprozesse der Taktgeber sind, weil wir in der Mängelbearbeitung in der Fläche auch das meiste bewältigt haben. Das kann dann parallel weiterlaufen. Dazu wird es eine ganze Reihe organisatorischer, interner Regelungen geben müssen, die ich Ihnen heute hier nicht vortragen kann, weil ich sie zurzeit erarbeite und ich sie auch zunächst den Aufsichtsgremien vortragen will.

Aber ich will damit in der Sache sagen: Wir sind in einer Veränderung, Weiterentwicklung der Bauorganisation. Uns geht es um die Analyse verbleibender Risiken, und es geht uns auch ganz zentral darum, dass wir mit den Firmen und den Vertragsstrukturen, die wir haben, die ich von meinen Vorgängern ererbt habe, so umgehen, dass die Firmen auch ihre Leistungen und Kapazitäten bereits schon auf der Baustelle umsetzen, damit wir fertig werden. Und das ist der zentrale Fokus der weiteren Arbeit. Das klingt im Roland-Berger-Gutachten am Ende auch an, und insoweit ist diese Erkenntnis dem Unternehmen nicht ganz neu. Es geht jetzt darum, dass diese Erkenntnisse auch tatkräftig und schnell umgesetzt werden, damit wir in dem Punkt besser werden, denn wir müssen erreichen, dass wir in der Inbetriebnahme der Gewerke weiter vorankommen. Sie wissen, dass eine der Voraussetzungen für eine IBM-Termin-Benennung ein Abschluss der Wirk- und Prinzipprüfung für Pier Nord ist. Das ist im vollen Gange. Der sechste Nachtrag ist da, und einiges andere ist auch da, aber wir brauchen einen committeten Terminplan, der zurzeit neu aufgesetzt wird, mit allen Firmen, die noch leisten müssen. Und das ist ein zentraler Punkt, denn Sie können Pläne machen ohne Ende, sie müssen auch die Menschen haben, die diese Pläne mit Hand und Verstand auf der Baustelle umsetzen und zur Leistung verpflichtet sind.

Herr Czaja, Sie reden immer von einem Sicherheitszeugnis. Ich vermute mal, Sie meinen die EASA-Zertifizierung. Die EASA-Zertifizierung ist schon längere Zeit im Gange, und sie ist auch im Plan. Da brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen! Aber Tegel ist nicht der Plan B, um das auch ganz deutlich zu sagen. Der Flughafen setzt auf einen Standort BER, den wir in den ersten Jahren nach Inbetriebnahme im Double-Roof-Konzept mit Schönefeld alt in Kombination betreiben werden. Wir haben ein vom Aufsichtsrat bestätigtes Ausbauprogramm mit einem Budgetierungsrahmen von 700 Millionen Euro. Das ist hier mehrfach diskutiert worden. Das ist auch der Grund für die neue Finanzierung gewesen, weil wir u. a. im Bereich der Rollwege, im Bereich der medialen Infrastruktur, im Bereich von Terminal 1 E, im Bereich von Parking und vielen anderen Themen Ergänzungen brauchen, um den Kapazitätserfordernissen des Berliner Marktes gerecht zu werden, das heißt, unser Plan ist Single Airport BER mit einem Double-Roof-Konzept für die absehbare Zukunft.

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Besten Dank, Herr Lütke Daldrup! – Eine Frage ist, glaube ich, noch offen gewesen, wenn ich das richtig sehe, oder vielleicht habe ich es zwischendurch überhört, von Herrn Melzer zur Frage der Finanzierung ab Sommer 2018.

Dr. Engelbert Lütke Daldrup (FBB): Das ist Gegenstand Ihrer Sitzung, wenn ich das richtig im Kopf habe, am 29. März. Ich kann Ihnen aber so viel sagen, dass wir im Aufsichtsrat, im Finanzausschuss, vorgestern die Frage intensiv diskutiert haben und dass die Flughafengesellschaft an einem Business Case arbeitet, den wir aber sicher noch nicht am 29. März vorstellen können.

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Besten Dank, Herr Lütke Daldrup! – Dann können wir in der Tat am 29. März noch mal weiter darüber diskutieren. Dann haben wir den Tagesordnungspunkt 1 für heute abgearbeitet. Am 29. März machen wir an der Stelle mit den bereits in Auftrag gegebenen Berichtsaufträgen und selbstverständlich auch gerne mit weiteren aktuellen Nachfragen, die sich bis dahin, in 14 Tagen, ergeben haben sollten, weiter. Ich bedanke mich bei Herrn Lütke Daldrup und bei Herrn Böhning!

Bildung, Jugend und Familie – 10

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Wenn Sie einverstanden sind, dann rufe ich jetzt die Tagesordnungspunkte 10 und 11 gemeinsam auf. Wollen wir das so machen? – Ich höre keinen Widerspruch, dann kommen wir jetzt zu

Punkt 10 der Tagesordnung

Schlussbericht SenBildJugFam – I D – I D 1.4 – vom
07.03.2017

[0131 D](#)
Haupt

Gebäudescan der Schulbauten mit Sanierungsbedarf
(Berichtsauftrag aus der 109. Sitzung der 17. WP vom
08.06.2016)

in Verbindung mit

Punkt 11 der Tagesordnung

- a) Bericht SenBildJugFam – I D – vom 06.03.2017
**Notwendige Investitionen in die Infrastruktur im
Schulbereich**
- **aktualisierter Folgebericht zu Investitionsbedarfen**
– **sowie Beantwortung der Fragen der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen (rote Nummer 0131 C)**
(Berichtsauftrag aus der 2. Sitzung vom 18.01.2017)

[0131 F](#)
Haupt

- b) Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur roten
Nummer 0131

[0131 C](#)
Haupt

Ich begrüße noch einmal recht herzlich Herrn Staatssekretär Rackles in unserem Ausschuss! – Herr Kollege Statzkowski hat sich zu Wort gemeldet. – Bitte sehr!

Andreas Statzkowski (CDU): Danke, Herr Vorsitzender! – Die Fragen, die wir haben, schließen sich nahtlos an die Diskussion an, die wir gerade über den Bezirk Pankow geführt haben. Bitte erläutern Sie uns: Welche Vorgaben haben die Bezirke bekommen? Wie mussten sie damit umgehen, bzw. wie sind die Summen, die dann nachher die Grundlage dieses Berichts geworden sind, zustande gekommen? Es ist augenscheinlich, dass es bei den Ergebnissen zwischen den Bezirken offensichtlich massive Unterschiede gibt. Von daher bietet es sich an bzw. halten wir es für dringend notwendig, insbesondere auch noch mal die Vorgaben zu hinterfragen und damit letztendlich die Belastbarkeit der Zahlen, die uns vorliegen.

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Danke, Herr Statzkowski! – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Erst mal nicht, dann hat Herr Rackles das Wort – Bitte sehr!

Staatssekretär Mark Rackles (SenBildJugFam): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herr Statzkowski! Die Belastbarkeit der Zahlen daran festzumachen, dass es unterschiedliche Zahlen gibt, ist die eine Interpretation, und die andere könnte sein, dass die Bezirke unterschiedlich agiert haben. Wir stellen fest, dass die Bezirke 12 plus 13 – das sind wir selbst, mit der

BIM –, also die zentral verwalteten Schulen und Berufsschulen, in den letzten 20 Jahren unterschiedlich agiert haben. Wir haben Bezirke, in denen absehbar – und das war nicht überraschend, weil man es von der Tendenz her wusste – ein hoher Sanierungsbedarf aufgewachsen ist, und wir konnten nachvollziehen, dass im baulichen Unterhalt über Jahre deutlich andere Prioritäten als Schule gesetzt wurden. Das kann man gut oder schlecht finden, aber die Bezirke haben diese Autonomie. Andere Bezirke – schwerpunktmäßig im Nordosten, inklusive Neukölln – haben ihre Hausaufgaben gut gemacht. Wir stellen fest, dass die Sanierungsbedarfe dort händelbar sind. Deswegen sage ich nicht, dass die Vorgaben in irgendeiner Form kritisch sind, weil die Zahlen sich unterscheiden, sondern es ist ein Ausweis der Seriosität, dass nicht überall die gleiche Quote an Sanierungsbedarfen besteht. Das wäre ein bisschen eigenartig. So viel dazu!

Zu einer Frage, die vorhin eine Rolle spielte: Wer hat welche Kennwerte festgesetzt? Sind die Aussagen belastbar oder nicht belastbar? – Natürlich kann man im Vorgriff auf konkrete Bauplanungsunterlagen bei der Besichtigung einer Schule und einer pauschalisierten Feststellung von Sanierungsbedarfen nicht genau auf den Cent gucken. Ursprünglich hatten Sie mal Tabellen mit Cent-Beträgen bekommen, das ist ein Witz. Man hätte theoretisch schon die Tausender-Beträge eindampfen können. Das sind Orientierungswerte, aber die basieren auf belastbaren Kenngrößen, die nicht wir vorgeben, sondern die eine AG der Hochbauleiter vorgibt – das hatte ich vorhin dem Kollegen zugeraut. Das haben die Bezirke auf der Basis ihrer jahrzehntelangen Erfahrungswerte in diesen Bereichen selbst ermittelt. Es war schon ein großer Schritt, dass sich alle zwölf Bezirke auf gemeinsame Kennwerte geeinigt haben, denn die erste Runde, die wir 2014 gemacht hatten, war ein totales Kraut und Rüben – Sie erinnern sich vielleicht noch, da waren Sie auch im Amt. Da gab es große Unterschiede, weil die einen es so und die anderen so ermittelt haben. Da war nichts mit nichts vergleichbar. Deswegen hat die AG gemeinsame Standards und gemeinsame Kostenkennwerte ermittelt, die auf Erfahrungswerten basierten. Ich bin mir ziemlich sicher, dass es im Kern – das wurde vorhin auch gesagt – in einem Fall mal ein bisschen mehr kosten wird, die Wand zu machen, und dass eine ähnliche, vergleichbare Wand, mit der gleichen Fläche woanders ein bisschen weniger kosten wird. Im Schnitt sind diese Kennwerte aber relativ belastbar. Die jeweiligen konkreten Beträge, die dann verausgabt und gebunden werden, hängen natürlich davon ab, dass sich, wenn die konkrete Baumaßnahme geplant wird, herausstellen wird, dass J.F.K oder irgendetwas anderes dann nicht 14 Millionen Euro kostet, wie es jetzt pauschal für die Priorität eins vorgesehen ist, sondern es kann passieren, dass es dann etwa 15,2 oder 13,8 Millionen Euro kostet. Aber im Kern liegen wir in einem Spektrum, das in der Summe dieser Vielzahl von Maßnahmen zumindest eine Orientierung gibt. Wir halten diesen Orientierungswert für voll belastbar, auch in der Unterscheidung der verschiedenen Erhebungen.

Worüber man streiten kann, das ist die Frage der Priorisierung. Wir haben einzelne Bezirke, wo wir festgestellt haben, dass diese es sich einfach gemacht und alles zur Priorität 1 erklärt haben. Diese Bezirke haben wir aufgefordert – es gab eine große, eher unangenehme Runde, die Frau Würger, die zuständige Referatsleiterin, dankenswerter Weise mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern leiten durfte – und ihnen zur Aufgabe gemacht, dass das in den nächsten Wochen priorisiert werden muss. Es reicht also nicht zu sagen, bei mir haben 98 Prozent der Maßnahmen die Priorität eins, was die Summe von 300 oder 400 Millionen Euro in einem Bezirk bedeuten würde, sondern wir wollen jetzt wissen: Was ist tatsächlich aus Sicht des Bezirks in der zeitlichen Reihenfolge wann wie zu machen? Bedeuten 15 Millionen Euro für die Priorität eins, dass der Bezirk diese Summe tatsächlich für diese konkrete

Schule will, oder will er vielleicht das Dach in der Schule machen und die Priorität eins an der benachbarten Schule mit abräumen? Diese Punkte klären sich jetzt, und dann folgt der nächste Schritt, dass dann, wenn die Gelder an die konkreten Bauplanungsunterlagen gebunden sind und verausgabt werden, die realen Kostenansätze zu identifizieren sind. Diese Zahlen sind nach unserer Einschätzung so valide – deswegen haben wir auch mit Gutachtern und Fachleuten zusammengearbeitet –, dass sie die Größenordnung wiedergeben, die jeweils in den einzelnen Bezirken benötigt wird.

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Besten Dank, Herr Staatssekretär! – Jetzt haben sich die Kollegen Goiny, Schneider, Schillhaneck und dann meine Wenigkeit gemeldet! – Bitte, Herr Goiny, Sie haben das Wort!

Christian Goiny (CDU): Das ist doch eine spannendere Vorlage, als man zunächst dachte. Immerhin scheint die Systematik auch bei den Koalitionsfraktionen nicht ganz klar zu sein, denn sonst hätte Frau Schillhaneck dem Stadtrat aus Pankow gar nicht die Abweichung der Zahlen zwischen ihrem Scan und seiner Vorlage vorhalten können. Das bedarf dann noch einer Nachbearbeitung, zu zwei Fragen: Die erste Frage lautet: Wie sind die Bezirke in den vergangenen Jahren mit dem Sanierungsstau umgegangen? – Da teile ich Ihre Einschätzung, da gab es unterschiedliche Möglichkeiten, ein unterschiedliches Engagement, und sicherlich war auch die Gebäudestruktur unterschiedlich. Also, die Historienbetrachtung kommt sicherlich zu einem facettenreichen Abbild.

Womit ich allerdings ein Problem habe, das ist die betragsmäßige Darstellung und damit am Ende der Wert, den diese Vorlage überhaupt hat, und zwar aus folgendem Grund: Wir haben in den letzten fünf Jahren fraktionsübergreifend intensiv darüber diskutiert, wie wir beim Thema Baukosten und Bauplanung irgendwie einmal mehr Boden unter die Füße bekommen. Die Kritik, die der Kollege Schneider eben an der Pankower Vorlage geübt hat, ist eine, die wir vom Grundsatz her immer dann bei Bezirksvorlagen üben, wenn die Datengrundlage und die Argumentation nicht hinreichend sind, denn wir möchten die Bezirke dazu bringen, mit belastbaren Zahlen und Planungsunterlagen um die Ecke zu kommen. Das ist der Sinn dieses Manövers.

Der Ausgangspunkt waren einige schaurige Beispiele aus landespolitischer Erfahrung – nicht nur das Stichwort Staatsoper. Meine Sorge ist, dass, so wie Sie vorgehen, das Prinzip Staatsoper Ihr Planungsmaßstab ist, nach dem Grundsatz: Wir rechnen mal Pi mal Daumen, und dann schicken Sie die Bezirke los, die sollen offensichtlich irgendeinen Parameter – ich weiß nicht, ob wir die Berechnungsformel, nach der die Bezirke das irgendwann einmal zu schätzen angefangen haben, in irgendeiner Vorlage mitgeteilt bekommen haben – zum Maßstab nehmen und presserwirksam eine große Tabelle in die Öffentlichkeit setzen, die bei näherer Betrachtung relativ wenig mit dem tatsächlichen Betrag zu tun zu haben scheint, den wir am Ende in diesem Land für die Schulsanierung ausgeben müssen. Da stellt man sich schon die Frage: Was hat das für einen praktischen Wert, außer dass Sie so tun als würden Sie sich jetzt intensiv um dieses Thema kümmern? Das ist aber an dieser Stelle deutlich zu kurz gesprungen. Wir haben doch nur dann etwas davon, wenn wir vielleicht unter dem Prinzip einer frühen Kostensicherheit irgendwie auch einmal eine Fußnote an der Zahl hat und sagt: Auf welcher Basis ist das jetzt eigentlich präzise? Wenn Sie uns sagen würden, das sei eine reine Schätzung, die mit den realen Zahlen gar nichts zu tun hat, dann hat das in der politischen Debatte eine andere Qualität. Wiederum stellt sich dann die Frage: Was für ein faktische Re-

levanz hat das für uns im Hauptausschuss? Das kann man so nicht veranschlagen, denn das ist für die Haushalts- und die mittelfristige Finanzplanung überhaupt kein relevanter Betrag, nach dem Prinzip der Staatsoper: Wir nennen mal eine Hausnummer, und in der Folge der Haushaltsverhandlungen und Haushaltspläne wird sich das schon regeln.

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Bitte warten Sie einen Augenblickblick, Herr Goiny! – Ich möchte nicht, dass in diesem Ausschuss telefoniert wird, auch nicht hinter der Gardine. Auch wenn das ein süßes Versteck ist: Bitte gehen Sie kurz hinaus!

Christian Goiny (CDU): Jedenfalls stellt sich dann doch die Frage: Welche praktische Relevanz hat das? So kommen wir beim Thema Schulbauplanung nicht weiter! – Ich bitte Sie herzlich, dass wir uns irgendwie auf ein Verfahren verständigen. Ich weiß, dass das ein großes Thema ist und dass es sich um riesige Beträge handelt, aber wenn eine tabellarische Übersicht über das ansteht, was jetzt im Schulbereich zu sanieren ist, dann hilft uns doch so eine Zahlenaufstellung nur dann, wenn sie für uns einen praktischen Wert hat – außer, Sie wollen uns sagen, dass wir mindestens so viel zur Verfügung stellen müssen.

Sie hatten ja schon selbst Beispiele genannt, wo das im Einzelnen in der Abweichung mehr wird. Ich bin mir relativ sicher, dass Sie bei jeder einzelnen hierin enthaltenen Schulbaumaßnahme, wenn sie denn in die praktische Ausführung geht, feststellen werden, dass die Zahl nicht stimmt. Dann muss man sich doch in der Tat die Frage stellen: Was wollen wir denn mit so einer Vorlage? Da machen Sie sich viel Arbeit, setzen bezirkliche Hochbauamtsleiter ran – ich weiß nicht, wie viele Kompanien in Ihrer Senatsverwaltung mit so einer Vorlage beschäftigt sind –, aber der praktische Wert ist gleich null. Ich bitte Sie herzlich, uns vielleicht einmal in Ihrem Folgebericht aufzuschreiben, wie man das Ganze irgendwie mit einer größeren Praxisnähe und höheren Verwendbarkeit für den Hauptausschuss weiterentwickeln kann.

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Vielen Dank! – Als Nächster hat Herr Schneider das Wort! – Bitte sehr!

Torsten Schneider (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Zunächst – ich hatte es vorab signalisiert, wie es guter Brauch ist – beantragt die SPD-Fraktion zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. – Jetzt zur Sache: Wir haben eine andere Einschätzung als die CDU-Fraktion. Wir halten das – auch nach Verifizierung –, was der Senat vorgelegt hat, für eine belastbare Planungsgrundlage. Ich will diese Position detailliert begründen, aber bevor ich dazu komme, möchte ich gleichwohl auf dem Antragsweg eine Erwartungshaltung formulieren: Zu den Haushaltsberatungen möchten wir vom Senat wissen, wie wir über den analytischen Teil zur konkreten Umsetzung kommen. Ich kündige das so frühzeitig an, weil wir es in der Abgrenzung und in der Erwartungshaltung für erforderlich halten. Das entspricht auch den Rückmeldungen aus den Bezirken, die jetzt in die Öffentlichkeit getragen worden sind. Laut Medien gibt es Schulen, die mit hoher Priorität zu sanieren sind, mit Einpreisungen, Annahmen und Prämissen, die jenseits einer politischen Zahl, nämlich 5 Millionen Euro liegen. Wir möchten nicht in die Situation kommen, dass sich Bezirke jetzt veranlasst sehen, zu gucken und abzuwarten, was das Land denn wohl damit macht, und das aus ihren Haushaltsberatungen herauszuhalten, während das Land umgekehrt denkt, na ja, nun haben wir den Bezirken irgendwelche Zuweisungen gegeben, und dass dann ausgerechnet diejenigen Schulen, die jetzt mit einer hohen Priorisierung fachlich eingeschätzt werden, mit hohen Beträgen auf der Strecke bleiben. Das ist ein technisches Thema, aber das hätte die politische Folgewir-

kung, dass die dringendsten Schulen drei Jahre lang liegenbleiben. Deshalb wollen wir, dass der Senat das berücksichtigt und uns eine Umsetzungsvorlage zur Einzelplanberatung in den Haushaltsberatungen einspeist, und zwar unaufgefordert, aber spätestens, wenn der Senat fertig ist. – So können wir das festhalten.

Zweiter Punkt: Ich hätte gern eine retrospektive Vorlage zu den bezirklichen Rücklagen. Mir reichen fünf Jahre, wenn eine andere Fraktion eine andere Vision hat. Ich möchte aber nicht nur die Bruttozahlen, die kenne ich, dazu kann ich meine alten Unterlagen raussuchen, und wenn dann die bezirklichen Abschlüsse kommuniziert sind, auch die entsprechenden neuen. Ich möchte in dieser Vorlage zumindest auch tabellarisch wissen, wie diese Rücklagen in den Fünfjahresscheiben festgelegt waren, ob sie frei verfügbar oder mit Projekten unterlegt waren, und wie da der Abfluss ist. Dazu reicht eine Seite wohl nicht, weil ich politisch das bewerten möchte, was immer herumwabert, nämlich dass verschiedene Bezirke in unterschiedlicher Weise mit der exhibition – das ist mein Erwartungshorizont – von über 100 Millionen Euro umgegangen sind. Wenn die gebunden waren und sinnvoll verausgabt wurden, dann sind wir politisch völlig geradeaus, aber wenn da 100 Millionen Euro herumliegen und zum Beispiel für einen guten Zweck verausgabt werden können, dann haben wir ein politisches Problem und müssen das bewerten. Aber um das bewerten zu können, möchte ich nicht vom Ungefähren ausgehen und sagen, der Gebäudebestand in Charlottenburg ist so und der in Steglitz-Zehlendorf so. Das wäre mir zu ungenau, aber anhand einer solchen Rücklage nähern wir uns dem Thema.

Jetzt komme ich zu der Begründung, warum wir das für belastbar halten: Zunächst einmal ist es statistisch nicht hinreichend, die Vorlage eines einzelnen Bezirks mit fünf Projekten heranzuziehen, um daraus den Rückschluss zu ziehen, dass die Senatsvorlage zu allen Schulprojekten nicht trägt. Ich möchte jetzt mal in die Pankow-Vorlage hineingehen, die herangezogen wurde – Kapitel 3701, Titel 701 01 – Grundschule am Weißensee –: Tatsächlich ist es so, dass die vom Bezirk angenommenen Kosten 16,6 Millionen Euro betragen und die im Gebäudescan ausgewiesenen Kosten 8,79 Millionen Euro. Das ist eine erklärungsbedürftige Differenz. Allerdings gebe ich Folgendes zu bedenken: Die Senatsvorlage, über die wir gerade reden und die die CDU generell inkriminieren möchte und damit bereits in der Anfangsphase, wo wir noch nicht mal in der Umsetzungsplanung sind, das gesamte Projekt aufs Korn nimmt, weist keine Planung für Außenanlagen auf.

Zweitens sind alle diejenigen, die schon in der I-Planung enthalten sind – das können Sie freundlicherweise den Vermerken auf der letzten Seite 7, unten, entnehmen –, auf null gesetzt. Sie werden gar nicht in dieser Sanierungsvorlage bewertet.

Drittens ist die von mir gerade adressierte Schule 701 01 – Grundschule am Weißensee – in der Kostenschätzung des Bezirks nicht nur mit der Sanierung herangezogen worden, sondern auch – ich zitiere – „mit dem Ausbau zu einer vierzügigen Grundschule“. Das ist also etwas anderes als die Aufholung eines anstehenden Sanierungsstaus.

Nächster Einzelfall, dasselbe Kapitel 3701, Titel 701 02 – Grundschule am Wasserturm: Hier haben wir tatsächlich den Fall, den ich gerade schon adressierte, und zwar im Gebäudescan mit null, und in der bezirklichen Schätzung mit 11,3 Millionen Euro. Das ist also schon in der I-Planung enthalten und deshalb nicht im Gebäudescan. Zudem geht es hier nicht nur um die Sanierung einer Grundschule, sondern um die Erweiterung zur dreizügigen Grundschule, ein-

schließlich des Neubaus einer Sporthalle mit zwei Hallenteilen. Das hat nun gar nichts mit Schulsanierung zu tun, und insofern desavouiert das Ihren politischen Ansatz erneut.

Nächster Einzelfall: Kapitel 3701, Titel 701 03 – Carl-Humann-Grundschule – ist im Gebäudescan mit 1,44 Millionen Euro ausgewiesen, bezirkliche Schätzung 10,55 Millionen Euro. – Es ist so, dass die bezirkliche Schätzung keine Sanierungsschätzung ist, sondern es geht auch um den Neubau einer Sporthalle mit vier Hallenteilen und hat also mit der Sanierung nichts zu tun – jedenfalls nicht mit der Sanierung, über die wir gerade bei diesem Tagesordnungspunkt diskutieren.

Nächster Fall: Beim Kapitel 3704, Titel 701 02 – Max-Delbrück-Schule –, sind die Grundinstandsetzung und der standardgerechte Ausbau zum fünfzügigen Gymnasium, einschließlich des Neubaus einer Sporthalle mit zwei Hallenteilen, von den Bezirken in der Gesamtschätzung mit 24,55 Millionen Euro angenommen, während der Sanierungsgebäudescan, der einen ganz anderen Fokus hat, mit 8,2 Millionen Euro adressiert wird.

Letzter Fall – Kapitel 3704, Titel 70103 – Felix-Mendelssohn-Bartholdy-Gymnasium: Das ist wieder ein Fall, der in der I-Planung abgebildet ist und deshalb im Gebäudescan mit null firmiert. Hier geht es – zusätzlich zur Grundinstandsetzung, die schon in der I-Planung enthalten und abgebildet ist und deshalb in der jetzt adressierten Vorlage keine Rolle spielt – um den Ausbau zu einem vierzügigen Gymnasium. Damit fällt die Argumentation, die statistisch nicht veritabel und jetzt im Konkreten widerlegt ist, in sich zusammen. Ich bitte da um mehr Seriosität! Wenn man hier so ein Fass aufmacht, mit so einer Dimension, dann muss man damit rechnen, dass wir uns das auch genauer angucken. Sie haben ja jedenfalls ein nervöses Zucken verursacht, aber wir haben uns dem jetzt deutlich hingegeben.

Letzter Punkt – die Vorgaben des Senats: Diese finden wir völlig plausibel, denn wir haben auch nebulöse Schätzzahlen im Bereich des Sports gehört, so im Freizug nach Zwischennutzungen durch die Unterbringung von Flüchtlingen. Da wurden Schätzzahlen von interessierter Seite – ich möchte jetzt niemandem persönlich zu nahe treten – angegeben, wie zum Beispiel in einem konkreten Fall der Einbau einer Tribüne, die als Sanierungsangabe nach der Flüchtlingsnutzung deklariert wurde. Das ist etwas für die Ehrentafel wie das Feuerwehrgebäude, wo dann das Tor nicht passte, weil zu tief gebaut worden war, oder die Tanzschule – das war auch in Weißensee –, wo vergessen wurde, den Tanzboden zu berechnen. Also, das ist der Hauptausschuss-Monty-Python, denn eine Tribüne, die vorher nie in der Turnhalle war, kann natürlich auch nicht durch die Flüchtlingsnutzung kaputtgemacht worden sein. Das hat also mit Sanierung nichts zu tun. Dass der Senat in irgendeiner Weise den Bezirken volkswirtschaftliche Kennzahlen an die Hand gibt, das ist ein völlig plausibles Vorgehen, so wie es auch plausibel ist, dass es einzelne Abweichungen geben mag. – Vielen Dank!

Frédéric Verrycken (SPD): Besten Dank, Herr Kollege Schneider! – Bitte, Frau Kollegin Schillhaneck, Sie haben das Wort!

Anja Schillhaneck (GRÜNE): Vielen Dank! – In der Tat habe ich kein Problem damit zu sagen, dass die Gesamtdimension, über die wir reden, plausibel ist. Wenn man nämlich draufguckt und überlegt, wie in anderen Bereichen, in kommunalen Bereichen allgemein veranschlagt wird, was dauerhafte Sanierungs- und Reinvestitionsbedarfe sind – das werden Sie auch wissen –, dann kommen wir tatsächlich in Größenordnungen wie die hier angesetzten

Prozentzahlen. Mir ging es darum, insbesondere auch in Bezug auf die Zahlen aus Pankow, die – so wie sie auf dem Zettel standen – schlicht und ergreifend grob erklärungsbedürftig waren, einmal nachzufragen, was da eigentlich ist, und zwar insbesondere, weil die roten Nummern, so wie sie vorgelegt worden sind, in einigen Bezirken offensichtlich zu gewissen Begehrlichkeiten geführt haben und gesagt wurde – der Staatssekretär hat das selbst angesprochen: Plötzlich sind alle Projekte gleich wichtig und haben die Priorität eins, sodass wir über dreistellige Millionensummen in einem bestimmten Bezirk im Südwesten Berlins reden. Das kann es nicht sein! In einer weiteren Befassung mit diesem Thema müssen wir – erstens – in der Tat erreichen, schulscharf auf den Weg zum Abbau der Sanierungsherausforderungen zu kommen. Dafür benötigen wir auch für unsere Beratung nicht nur die Ansätze, sondern tatsächlich auch die Einschätzung, was denn bereits worüber läuft, damit es nicht dazu kommt, dass etwas mit null angegeben ist, obwohl alle wissen, dass ein Bedarf besteht, es gibt aber nirgendwo die Fußnote, die besagt, dass das nur der rechnerische Bedarf einer künftigen Haushaltsbelastung nach folgender Formel ist. Das ist das Problem, das ich an dieser Stelle mit der Vorlage habe.

Wenn wir uns darauf verständigen zu sagen, dass das nicht die schulscharfe Kostenschätzung auf der Basis einer detaillierten Aufnahme von konkreten, bekannten oder noch zu prüfenden Belastungen ist, durch mangelnde Instandhaltung oder dauerhafte Gebäudebenutzung – das ist so; ein öffentliches Gebäude, das genutzt wird, kann man überall sehen, und Schulen sind Gebäude, die viel genutzt werden –, dann bin ich mit der Vorlage zufrieden. Womit ich allerdings nicht zufrieden bin, das ist, wenn diese Vorlage genommen wird, um damit für die eine oder andere Schule dieses, jenes oder solches zu behaupten, wie es zum Teil passiert ist. Dazu war sie überhaupt nicht gedacht – wenn ich sie richtig verstanden habe –, sondern sie war dazu gedacht, um uns im Parlament eine grundsätzliche Größenordnung an die Hand zu geben, sowohl in der Betrachtung, was die Verteilung auf die einzelnen Bezirke und Stadtgebiete betrifft, die – seien wir ehrlich – ohnehin von vornherein einen ganz unterschiedlichen Gebäudebestand haben. Wo und wie viele Schulen das aus welchen Baujahrzehnten sein werden, mit welchen Sanierungs- und Renovierungsbedürfnissen wir rechnen müssen und wo wir welche Herausforderungen durch Zuzug, Wegzug oder durch mehr Kinder oder weniger Kinder zu erwarten haben – das entnehme ich Ihren Ausführungen –, dazu gibt es noch keine Angaben.

Wenn man das auch in der öffentlichen Betrachtung zugrunde legt und sagt, das ist ein guter Ausgangspunkt, wir haben haben jetzt wenigstens mal eine Größenordnung, die erheblich belastbarer ist als alles das, womit vorher agiert worden ist. Ich wünsche mir dann, wenn weitere Planungsleistungen freigegeben werden sollen, von den Bezirken, dass an dieser Stelle zumindest ein erklärender Konnex vorhanden ist, wie sich das miteinander verhält und wodurch das zustande kommt, und nicht die Globalaussage: Das ist wichtig, das wissen Sie ja! Von daher finde ich es gut, dass wir jetzt diese Unterlage und somit einen Orientierungs- und Richtwert haben. Ich glaube, es ist allen Beteiligten klar, dass wir spätestens im Doppelhaushalt noch eine ganz große Nuss zu knacken haben, was die Umsetzung des Ganzen betrifft. Und vorher und währenddessen müssen wir uns auch darüber Gedanken machen – dafür haben wir unter anderem das Leitprojekt im Bereich Schulbau –, wie man die Bezirke besser als bisher in die Lage versetzen und auch darin unterstützen kann, schneller solche Aufgaben zu bewältigen. Das ist die Herausforderung, und dafür ist das ein guter Start. Wer das für andere politische Kämpfe benutzt, der missbraucht diese Unterlage, dafür war sie nicht gedacht.

Vorsitzender Frédéric Verrycken: In der Tat geht es jetzt erst einmal darum, die Bezirke in irgendeiner Art und Weise zu befähigen, diesen Sanierungsstau auf die Reise zu bekommen. Interessant ist aus meiner Sicht auf jeden Fall, dass dort – wenn man einmal ehrlich ist – nicht unbedingt nur die Senatsverwaltung für Bildung sitzen müsste, sondern da müssten auch die Bezirke sitzen. Wenn man sich die landeseigenen Schulen, die OSZs, verwaltet von der BIM, anschaut, das läuft im Großen und Ganzen, was den Renovierungs- und Sanierungsstau angeht. In den Bezirken – in einigen, nicht in allen – ist es tatsächlich seit Jahren so, dass offensichtlich überhaupt nicht darauf geachtet worden ist, welche Sanierungsmaßnahmen erforderlich sind. Ich kann mich daran erinnern, dass ich im Sommer 2013 das erste Mal eine E-Mail an Herrn Rackles geschrieben habe, mit der Frage, wie die Sanierungsbedarfssituation in den einzelnen Bezirken ist.

Es lag nicht an der Senatsverwaltung, dass es insgesamt vier Jahre gedauert hat, bis jetzt die Zahlen – Pi mal Daumen – vorliegen, mit einer Abweichung von vielleicht 10 Prozent, aber ich bin fassungslos, dass man vier Jahre braucht, um so etwas überhaupt in irgendeiner Art und Weise berlinweit erstellen zu können, weil es offensichtlich Bezirke gegeben hat, die das sorgsam in diese Listen eingetragen und andere Bezirke gesagt haben: Was kostet die Welt? Das ist uns scheißegal! Irgendwie werden wir schon Geld bekommen, und irgendetwas wird schon saniert werden, notfalls aus Parteiproporz, weil der Stadtrat X von da kommt und deswegen diese Schule als erste gemacht wird. Das halte ich persönlich für skandalös, weil wir in der Tat gucken müssen, dass wir in Berlin Schulpolitik aus einer Hand machen. Deswegen ist es für wesentlich, wie wir zu der Umsetzung kommen und wie wir sie als Bildungsverwaltung stärken können, um in die Richtung der Bezirke das durchzusetzen, was insbesondere in der Koalitionsvereinbarung mit veranlasst worden ist, wo dann auch andere Parteien zum Teil durchaus mitgehen können, wenn es darum geht, wie die Bezirke ein Stück weit motiviert werden könnten.

Wir hatten im Unterausschuss „Bezirke“ – Frau Schmidt hatte sich auch gerade gemeldet – lustige Diskussionen zum Thema Investitionsmittel, inwieweit diese eingesetzt worden sind und wo es Bezirke gibt, die mittlerweile im Promillebereich ihre I-Maßnahmen ausgegeben haben. Andere liegen bei 10 Prozent des zur Verfügung gestellten Geldes. Da geht es gar nicht mehr um die Schulunterhaltungsmaßnahmen, sondern tatsächlich um die reinen Investitionsmaßnahmen, was eigentlich einmal für die sogenannten Konsolidierungsbezirke gedacht war, um über einen Umweg ein Stück weit Geld zu bekommen, was dann aber irgendwann so pervertiert worden ist, dass man das zur Deckung sämtlicher anderer Bedarfsprojekte nutzte. Wir haben dann gemeinsam mit Frau Schmidt, Frau Thamm und anderen darüber diskutiert und gesagt, so könne das nicht sein. Wir haben die Marge hochgehalten und gesagt, dass 90 Prozent ab sofort die Zielmarge ist und nicht null Komma noch was oder 10 Prozent. Ich halte es für wichtig, dass wir an dieser Stelle auch weiterhin gemeinsam agieren, wenn alle gleichzeitig sagen, wir müssen in die Schulen investieren.

Die Umsetzung ist auf jeden Fall das A und O. Ich persönlich bin skeptisch, dass es so weiter funktioniert wie im Augenblick. Das wird nicht funktionieren, weil es immer auch die Friktion zwischen dem Bezirk und dem Land und zwischen den unterschiedlichen Couleuren eines leider Gottes nicht politischen Bezirksamts gibt. Insofern wird es immer schwierig werden, da alle auf eine Reise zu kriegen. Insofern lautet meine herzliche Bitte – auch ergänzend zu dem, was Herr Schneider gesagt hat: Ich hätte gern einen Bericht noch vor der Sommerpause, weil auch die Bezirke wissen wollen, wo sie ihre Gelder in der nächsten Zeit einstellen sollen, so-

dass wir dann in der Tat eine Woche vor der letzten Sitzung, also am 21. Juni 2017 wissen, wohin die Reise geht, und wir Sie dann auch gegebenenfalls mit unterstützen können.

Letzter Punkt: Bei der Sanierungsstaugeschichte fand ich insgesamt bei den Bezirken am erstaunlichsten, dass gesagt wurde, das liegt am Gebäudebestand, die alten oder die neuen Schulen sind die schlimmsten. Man sieht anhand dieser Statistik auf einen Blick, dass das ein absoluter Murks ist. Wenn man sich zwei Bezirke nebeneinander anschaut, nämlich auf der einen Seite Steglitz-Zehlendorf, die mit einem soliden Altbaubestand den schlechtesten Stand haben, und auf der anderen Seite – jetzt kann ich meinen Bezirk ausnahmsweise einmal loben – Charlottenburg-Wilmersdorf mit einem soliden Altbaubestand, die gleiche Infrastruktur, soziokulturell die gleiche Infrastruktur, mit marginalen Unterschieden in den weitesten Teilen des Bezirks. Der eine Bezirk liegt auf Platz eins und der andere auf Platz 12, dazwischen klafft eine Welt, und diese Welt müssen wir in der Tat bis zum Sommer gemeinsam erklären. – Bitte, Herr Zillich, jetzt haben Sie das Wort!

Steffen Zillich (LINKE): Ich bin erst einmal froh, dass wir eine solche Liste haben. Natürlich darf man sie nicht mit Ansprüchen überfrachten, aber zumindest muss man einmal in Erinnerung rufen, dass es kein Wunder ist, dass wir eine solche Liste, erstellt mit einiger Ernsthaftigkeit, erst jetzt haben, denn es hätte vor 10 Jahren überhaupt keinen Sinn gemacht, eine solche Liste zu erstellen, weil jeder gewusst hätte, dass es sowieso kein Geld gibt, um diese Liste in irgendeiner Form seriös abzuarbeiten. Deswegen ist das jetzt ein notwendiger Schritt gewesen, der uns die Grundlage dafür liefert, das in eine Bearbeitungs- und Finanzierungssystematik zu packen. Das ist der Schritt, den wir jetzt gehen müssen, und der wird anstrengend, nämlich ohne Zeitverzug zu gucken, wer denn jetzt für welche Weiterbearbeitung zuständig ist und nicht in die Situation zu kommen, dass die eine Ebene auf die andere verweist. Wir als Koalition haben committet, dass wir auch über die Zuständigkeiten, über die Strukturen reden wollen, und klar ist auch, dass das ein Prozess ist, der nicht in eineinhalb Monaten geschafft sein wird, da neue Voraussetzungen zu schaffen. Trotzdem müssen wir den Übergangsprozess so gestalten, dass die alte Welt der Veranschlagung und Finanzierung ohne Zeitverzögerung funktioniert, aber trotzdem schon in die neue Welt hinein systematisiert wird, damit die irgendwann starten kann. Dafür ist das die Grundlage. Also, wenn man den Anspruch hätte, eine solche Liste mit der Kostensicherheit von Planungsunterlagen erstellen zu wollen, dann würde man sagen, man wolle eine solche Liste nicht, sondern es geht erst einmal um die Erhebung von Kosten, um die Bearbeitung systematisieren zu können. Herr Schneider hat vollkommen recht, wenn er sagt: Die große Aufgabe, die die Exekutive jetzt zu erledigen hat, wird sein, dass wir da weiterkommen und die Bearbeitung vornehmen. Bis zu den Haushaltsberatungen müssen wir da zumindest einen Schritt in die richtige Richtung vollzogen haben.

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Besten Dank, Herr Zillich! – Als Nächster hat der Kollege Goiny das Wort. – Bitte sehr!

Christian Goiny (CDU): Vielen Dank! – Ich nehme mit Respekt zur Kenntnis, wie die Koalitionsfraktionen versuchen, das zu rechtfertigen und zu sagen, das sei doch eigentlich eine ganz gute Grundlage. Der Ansatz ist in der Tat ehrenwert, und es hat ja verschiedene Komponenten, wie der Ausschussvorsitzende deutlich gemacht hat. Die Bezirke sind in der Vergangenheit unterschiedlich mit diesem Thema umgegangen – ob nun gut oder schlecht –, und auch Herr Zillich hat recht, wenn er sagt, dass die Bedingungen schwierig gewesen seien. Aber das, was wir jetzt damit machen können, ist sehr übersichtlich. Ich warne davor, dass

hier ein bisschen schönzureden, weil der tatsächliche Sanierungsbedarf viel höher ist als das, was hier drinsteht. Man muss sich doch tatsächlich einmal die Frage stellen – rein für den Hauptausschuss gerechnet: Was für eine Arbeitsgrundlage haben wir eigentlich? Was wollen wir damit machen? – Wenn die so ist, dass sogar Frau Schillhaneck bei der Vorlage für Pankow erst einmal fragt, wie es kommt, dass die Zahlen nicht zusammenpassen, dann macht das deutlich, dass das auch für uns in der Praxis, was den Umgang mit den Vorlagen angeht, die sich daraus ableiten, ein Problem ist. Kollege Schneider! Man kann durchaus fragen, warum das hier nicht drin ist. Ich diskutiere hier nicht über Schulsanierungen, die mit null veranschlagt sind und sage, das wird teurer, ha, ha, weil das in der Investitionsplanung drin ist, sondern ich diskutiere die Frage, was für eine praktische Relevanz hat die Zahl, die hier drinsteht. Wenn an einer Schule extra noch eine Erweiterungsmaßnahme hinzukommt, weil ein Schulneubau oder eine Sporthalle gebaut wird, dann unterhalte ich mich über die Kosten dieser Sporthalle und dieses Erweiterungsbaus und gucke mir, wenn ich das auf den Tisch des Hauses bekomme, an, ob das eine relevante Unterlage ist, die unseren Erfordernissen entspricht, was die Vollständigkeit, die Genauigkeit und die Berechenbarkeit des gesamten Projekts anbetrifft. Das ist völlig in Ordnung, aber was ich hier tabellarisch habe, das sind doch Richtwerte. Ich bleibe dabei: Das, was hier geplant ist und was der Bezirk meint, an Sanierungsbedarf festgestellt zu haben, das wird in der Umsetzung jeder einzelnen Maßnahme deutlich teurer, und damit machen diese Vorlage und diese Vorgehensweise für uns als Hauptausschuss keinen Sinn. Aber sie macht auch in der politischen Kommunikation keinen Sinn, denn wenn erst einmal in den schulischen Gremien, in der Schule und in den Bezirksbeiräten darüber diskutiert wird – zum Beispiel für unsere Schule in Pankow, die Sie angeführt haben –, dass das 4,8 Millionen Euro kostet, wobei die Sporthalle noch extra kommt, aber sich dann plötzlich vom Schulamt und bei der näheren Ausschreibungsvergabe herausstellt, dass es 8 Millionen Euro werden, dann frage ich mich, was dann passiert. Dann sagen doch die Eltern, die Lehrer, die Betroffenen und die veröffentlichte Meinung: Ach, guck mal an! Das ist doch wieder das typische Berliner Planungsdesaster. Erst sagen sie 4 Millionen Euro, dann sind es 8 Millionen Euro, und zwar genau deshalb, weil wir mit einer solchen Unterlage die falsche Grundlage legen.

Und wir haben ein Problem, wenn wir einzelne Maßnahmen daraus in die I-Planung oder nur in das SIWANA-Gesetz hineinnehmen und die Zahlen nicht stimmen. Sie veranschlagen das als Koalition mit 10 Millionen Euro für diese Maßnahme. Dann ist SIWANA abgeschöpft, und am Ende stellt sich heraus, dass noch 3 Millionen Euro fehlen. Da sind Sie dann mit Ihrer Planung relativ schnell gegen den Schrubber gelaufen. Und genau deshalb, weil diese Konstruktion so schlecht ist, funktioniert es am Ende nicht, diesen Ansatz weiterzuverfolgen, sondern Sie müssen sich schon überlegen – das meine ich konstruktiv –, wie Sie diesen gut gemeinten Ansatz, mal aufzuschreiben, wie hoch der Sanierungsbedarf aller Schulen im Land Berlin ist, in einen gut gemachten Ansatz umsetzen, und zu sagen, wie wir mit dem umgehen können, wofür wir zuständig sind. Da sind mir – mit Verlaub – irgendwelche bezirklichen Nichtigkeiten – da ist der Stadtrat von der Partei und der von der Partei – völlig wurst. Ich finde es gut, dass wir diesen Bericht haben und uns mal die Rücklagen liefern lassen. Das ist alles retrospektiv, aber das nützt uns für dieses Problem leider gar nichts. Da müssen wir uns einmal angucken, wie wir damit umgehen.

Meine Bitte lautet – der Vorsitzende hat es schon aufgegriffen –, dass sich die Senatsverwaltung einmal darüber Gedanken macht, wie wir an dieser Stelle zu einem Verfahren kommen, mit dem wir als Haushälter auch in der Praxis etwas anfangen können und gegenüber der Öff-

fentlichkeit nicht den falschen Eindruck vermitteln, dass unsere Schulen, wenn wir den Betrag in Höhe von 1,7 Milliarden Euro auf den Tisch des Hauses legen, wieder schön sind. Wahrscheinlich werden es am Ende 2,5 oder 3 Milliarden Euro am Ende des Tages sein, und zwar zum einen, weil die Zahlen – wie ich eben schon sagte – nicht stimmen und zum anderen, weil über den Zeitraum – wir können nicht alles auf einmal machen – die Sachen an sich teurer werden. Damit ist es im Grunde genommen schade um die Arbeit, die Sie in diese Vorlage eingesteckt haben. Wenn es das war – es steht da „Schlussbericht“ –, dann ist es schade, und wenn das ein Diskussionspapier war, aus dem Sie auch weiterarbeiten wollen, dann hat es sich vielleicht am Ende des Tages gelohnt.

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Besten Dank, Kollege Goiny! – Als nächste hat Frau Kollegin Dr. Schmidt das Wort. – Bitte sehr!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herr Goiny! Das ist doch genau der Punkt. Diese Vorlage erfüllt den Berichtsauftrag eines Gebäudeskans, das ist nicht die Planung. Diese Vorlage ist der erste Schritt. Der zweite, die Berichtsaufträge sind erteilt, sie wurden benannt, und jetzt geht es darum, eine Struktur für die Umsetzung zu finden. Ich habe keine Lust mehr, zu sagen, die Bezirke oder der Senat – – Nein! Hier muss eine Struktur gemeinsam gefunden werden, wie es am Ende des Tages umgesetzt und Sanierungsstau abgebaut wird, und dazu ist die Liste durchaus hilfreich. Wenn ich mir dann einmal anschau, wie unterschiedlich der Stand zwischen den Bezirken ist, dann ärgert mich das schon, und es interessiert mich genauso wenig wie Sie, von welcher Parteiencouleur der zuständige Stadtrat ist. Aber wenn zwei Bezirke zwei Drittel der Mittel in der Priorität eins binden und ich mir dann angucke, wie genau diese Bezirke mit den Investitionsmitteln der vergangenen Jahre umgegangen sind oder mit der Auslastung des Schul- und Sportanlagen Sanierungsprogramms, dann ärgert mich das, und ich möchte nicht, dass mir der Bezirk allein irgendetwas vorlegt, sondern dass es eine Struktur gibt, die sicherstellt, dass am Ende des Tages der Sanierungsstau abgebaut wird und keiner mehr mit dem Finger auf den anderen zeigen und sagen kann: Na, das ist aber nicht gelaufen, weil der zuständig ist. Das sollte uns als Haushälter, als Financier am Ende nicht mehr interessieren, sondern entscheidend ist doch, dass die Mittel jetzt zur Verfügung stehen. Sie müssen und sollen investiert werden. Die entsprechenden Aufträge sind schon rausgegangen, oder es wurde benannt, wie wir damit weiter umgehen wollen. Die Vorlage hat ihren Auftrag erfüllt, denn es gab den Berichtsauftrag zum Gebäudeskan. Deswegen sage ich immer: Macht einmal einen Punkt, und dann geht es weiter, auch mit dem Blick nach vorne. Vieles ist da schon gesagt worden, aber, bitte, immer auch mit dem Blick darauf, wie hier gemeinsam eine Struktur gefunden werden kann, weil ich dieses unterschiedliche Herangehen von Bezirken und den unterschiedlichen Umgang mit den Investitionsmitteln jenseits der Konsolidierungsbezirke – Herr Verrycken sagte es schon – nicht mehr erleben möchte. Also, Mittel zurückzugeben oder Rücklagen in Größenordnungen zu haben, dann aber in Richtung des Landes zu sagen, finanziert mal, das sollte spätestens mit solchen Vorlagen aufhören. – Vielen Dank!

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Danke, Frau Kollegin! – Bitte, Frau Kollegin Dr. Brinker, Sie haben das Wort!

Dr. Kristin Brinker (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Die gesamte Debatte zeigt, wie wichtig eine vernünftige Auflistung und ein Gebäudeskan sind. Ich muss gestehen, ich bin etwas überrascht bin, weil ich davon ausgegangen bin, dass in der Verwaltung eine Art

Bestandsliste geführt wird. Da muss ich Herrn Zillich widersprechen, wenn er sagt, vor ein paar Jahren hätte so eine Liste gar nichts gebracht, weil das Geld eh nicht dagewesen wäre. Ja, aber wenn wir oder die damaligen Verantwortlichen die Liste seinerzeit auf den Weg gebracht hätten, dann müssten wir heute nicht diese Debatte führen und wären schon ein Stück weiter. Ich hoffe und wünsche mir, dass wir mit unserem Antrag, den wir bei der Senatsverwaltung für Finanzen zum Thema Bedarfsanalyse gestellt haben und deren Vorliegen uns vor den Haushaltsberatungen versprochen worden ist, eine gemeinsame Ebene finden, auf der uns klar wird, was wir sanieren müssen – vor allen Dingen in ganz Berlin, in allen Bezirken –, um vernünftige Entscheidungen treffen zu können. – Vielen Dank!

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Ich danke Ihnen, Frau Kollegin! – Ich fasse noch einmal kurz die Berichtsaufträge zusammen, die ich mir notiert habe: Herr Goiny hatte die Bitte, einen Folgebericht zum größeren Praxisbezug zu erstellen, und daran knüpfe ich an. Der Staatssekretär sagte schon beim letzten Mal: Bei aller Liebe, die Zahlen sind nicht 100 Prozent, sondern wir nähern uns Stück für Stück den Zahlen, damit sie eine belastbare Grundlage darstellen.

Die zweite Bitte war – das war der Vorschlag von Herrn Schneider, zu dem wir gerade präzisiert haben, dass wir das gern bis zur Sommerpause hätten, sprich bis zum 21. Juni 2017 –, zu überlegen, wie die Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen so schnell wie möglich und gemeinsam mit den Bezirken auf die Reise gebracht werden kann.

Und drittens – das war die zweite Bitte von Herrn Schneider – zu der Frage nach den Rücklagen, wie diese verwendet werden bzw. warum sie nicht verwendet werden und wie hoch sie derzeit sind. Außerdem sollten noch die Unterschiede in der Sanierungskostenprognose dargestellt werden. Dieser Punkt wurde beispielhaft für den Bezirk Pankow angeführt. Bitte gucken Sie, ob es gegebenenfalls noch weitere Unterschiede in der Investitionsplanung und zum Beispiel auch in Sachen Gebäudescan gibt. Mein Vorschlag wäre, dass wir das noch einmal vor der Sommerpause gesammelt aufrufen. Ich halte das für sinnvoller als wenn wir das direkt in die Haushaltsberatungen mit hineinnehmen würden. Meine Bitte lautet deshalb, dass wir den Bericht bis zum 21. Juni 2017 in Auftrag geben, dann könnten wir in der letzten Sitzung vor der Sommerpause noch einmal gemeinsam beraten und überlegen, wie wir in den Haushaltsberatungen und darüber hinaus damit umgehen würden. – Bitte, Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): Zu meiner Berichtsbite: Vielleicht ließe sich das so formulieren, dass wir die Senatsverwaltung bitten, eine höhere Präzision beim Thema Planungs- und Baukosten im Rahmen der konzeptionellen Vorgehensweise zu realisieren.

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Genau, und auch wie das geschehen kann! – Wären Sie damit einverstanden oder gibt es dagegen Proteste? – Nein, das höre ich nicht, dann würde ich das so in Auftrag geben wollen. – Ich habe noch dunkel in Erinnerung, dass es am Anfang eine Frage von Herrn Rackles an Herrn Goiny gegeben hat, oder ist diese Frage durch die Berichtsaufträge erledigt?

Christian Goiny (CDU): Ich habe jetzt nicht parat, ob Sie uns in einer der 131 A bis C mal dargelegt haben, wie sich dieser Scan im Detail berechnet. Das konnte ich in der Kürze der Zeit nicht recherchieren. Wie wurde dieser Berechnungsparameter in der Arbeitsgruppe er-

stellt? Wenn das nicht in den Vorlagen steht, dann können Sie es vielleicht noch nachliefern, zusammen mit der Berichterstattung.

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Bitte, Herr Rackles!

Staatssekretär Mark Rackles (SenBildJugFam): Ich bin mir ziemlich sicher, dass das in der zitierten roten Nummer 2840 B vom 11. Oktober enthalten ist, und falls nicht, dann würden wir das in den Folgebericht einbauen, den wir zum Juni liefern werden.

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Perfekt! – Gut, dann verfahren wir so. Wir schauen noch einmal selbst in die rote Nummer, und wenn nicht, dann setzen wir das noch in den Sammelbericht zum 21. Juni.

Gibt es zu den Tagesordnungspunkten 10 und 11 noch weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Somit können wir den Bericht 131 D zur Kenntnis nehmen, ebenso wie die Berichte 131 F und 131 C. – Ich bedanke mich bei Herrn Rackles und der Verwaltung und wünsche Ihnen noch einen angenehmen Nachmittag.